

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENTINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI

SEDUTA

13.

SITZUNG

21-4-1961

Presidente: ALBERTINI

Vicepresidente: PUPP

IV. LEGISLATURA - IV. LEGISLATURPERIODE

INDICE

Disegno di legge n. 5 :

**« Stati di previsione dell'entrata e della
spesa della Regione Trentino - Alto Adige
per l'esercizio finanziario 1961 »**

pag. 3

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 5 :

**« Voranschläge der Einnahmen und Aus-
gaben der Region Trentino - Tiroler Etsch-
land für das Rechnungsjahr 1961 »**

Seite 3

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 9,30

(*Assume la Presidenza il Vicepresidente Pupp*).

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

MARZIANI (Segretario questore - D.C.):
(*fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta del 20 aprile 1961.

MARZIANI (Segretario questore - D.C.):
(*legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Osservazioni sul verbale? La parola al cons. Nardin.

NARDIN (P.C.I.): Pregherei l'Ufficio di Presidenza di far apparire meglio nel processo verbale tutta la questione relativa al problema dei danni causati dalle alluvioni, sollevata a proposito del mancato intervento del Governo centrale. Adesso non formulo qui delle frasi; pregherei l'Ufficio di Presidenza, sulla base del verbale inserito nel nastro, di far apparire con chiarezza questo concetto.

PRESIDENTE: Va bene. Altre osservazioni? Il verbale è approvato.

NARDIN (P.C.I.): Il regolamento prevede che, quando vengono fatte osservazioni, si può richiedere l'approvazione del processo verbale.

PRESIDENTE: Chi è favorevole all'approvazione del processo verbale dell'ultima seduta, alzi la mano.

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.): Se questo verbale è emendato, fateci sentire il testo emendato, se volete che approviamo!

PRESIDENTE: 23 favorevoli, 1 contrario, 3 astenuti.

Continua la discussione sul **disegno di legge n. 5**: « *Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino - Alto Adige per l'esercizio finanziario 1961* ».

Siamo al cap. 39: « Assegnazione del Ministero del turismo e dello spettacolo da ripartire fra gli Enti provinciali del turismo operanti nella Regione (art. 10 legge 4 marzo 1958, n. 174) - Lire 80 milioni ».

Aveva chiesto la parola l'assessore Fioreschy.

FIORESCHY (S.V.P.): Wir haben die Ausführungen des Regionalausschußpräsidenten zur Kenntnis genommen. Es ist immer eine eigenartige Methode, wenn man verschiedene

Ausgaben in ihrer Wichtigkeit miteinander vergleichen will. Es ist ja ganz klar, daß, wenn man beispielsweise die Ausgaben für den Fremdenverkehr mit den zu ergreifenden Notstandsmaßnahmen vergleicht, dabei der Fremdenverkehr den kürzeren zieht. Das ist uns vollkommen bewußt und keiner von uns wird gegen Notstandsmaßnahmen etwas einzuwenden haben, im Gegenteil. Wir haben uns schon lange eine intensivere Intervention der Zentralregierung und der Region gerade auf dem Gebiete der Notstandshilfe gewünscht. Ich kann mich erinnern, daß im Jahre 1958 Minister in die Provinz Bozen gekommen sind, die den Mund in bezug auf die Notstandshilfe nicht voll genug nehmen konnten und Versprechen abgegeben haben, die bis heute leider Gottes nie verwirklicht worden sind. Ich wollte jedoch heute nur sagen, daß solche Vergleiche meines Erachtens unzulässig sind. Denn wenn man die Maßnahmen nach ihrer Wichtigkeit vergleichen würde, so könnte man ohne weiteres 30 Kapitel der Regionalbilanz anführen, die wesentlich unwichtiger sind als der Fremdenverkehr.

Meine heutige Intervention konzentriert sich in der Hauptsache auf zwei Fragen, die ich dem Regionalausschuß stellen möchte: erstens, was er zur Verwirklichung des Art. 10 des Gesetzes vom 4. März 1958 zu tun gedenkt, und zweitens, ob er die Verteilung dieser Fonds nach den Kriterien vorzunehmen gedenkt, die in diesem Gesetze vorgesehen sind. Dazu möchte ich einige kurze Erläuterungen geben.

Wie sie wissen, ist auf Grund eines Verfassungsgerichtsurteils im Jahre 1957 die ergiebigste Einnahmequelle der Landesfremdenverkehrsämter versiegt, woraufhin im Jahre 1958 ein neues Gesetz geschaffen wurde, das Gesetz Nr. 1, in dem sich der Staat verpflichtet hat, den Ausfall in der Finanzierung der Lan-

desfremdenverkehrsämter zu übernehmen. Über das Kriterium für die Aufteilung dieser Fonds steht im Gesetz folgendes geschrieben: « Die Aufteilung des Fonds erfolgt durch Dekret des Ministers für Tourismus unter Berücksichtigung der Erfordernisse der einzelnen Ämter nach der touristischen Bedeutung ihres Arbeitsgebietes, nach dem Stand der Fremdenverkehrs- und touristischen Einrichtungen und nach dem Fremdenzustrom, wobei — da kommt noch ein Nachsatz, der eine Hintertür öffnet — den Interessen des Tourismus im ganzen Staate Rechnung getragen werden muß ». Italienisch heißt es: « . . . tenendo conto delle esigenze dei singoli Enti in funzione degli interessi del turismo nazionale ». Nun, ich glaube nicht, daß dieser Nachsatz für die Verteilung dieser Staatsfonds auf die Dauer so einschneidend sein sollte, daß man den der Region zustehenden Anteil geradezu durch vier teilt, denn nach den statistischen Berechnungen der ENIT müßten nach diesem Verteilungsschlüssel allein der Provinz Bozen rund 150 Millionen Lire zustehen. (Mit den folgenden Daten beziehe ich mich ausschließlich auf die Provinz Bozen, aber ich glaube, daß die Situation in der Provinz Trient ähnlich ist.) Im Jahre 1958 hat die Provinz Bozen anstatt der ihr zustehenden 116 Millionen 68 Millionen bekommen, im Jahre 1959 anstatt 145 Millionen nur 42 Millionen. Im Jahre 1960 ist die Situation noch schlimmer: es werden der Provinz Bozen nur mehr 37 Millionen zugewiesen. Der Beitrag des Staates auf diesem Gebiet ist also durchgehend regressiv. Meine Frage geht nun dahin, was der Regionalausschuß getan hat, um diesem Übelstand abzuhelpen. Ich muß dies einen Übelstand bezeichnen, denn diese Aufteilung entspricht in keiner Weise dem Buchstaben oder dem Geist des Gesetzes, welches seinerzeit geschaffen worden ist, um den Ausfall, der

durch die Verfassungswidrigkeit der damaligen Finanzierungsmethoden entstanden ist, auszugleichen. Glauben Sie, meine Herren vom Ausschuß, daß die für die gesamte Region zur Verfügung gestellten 80 Millionen diesem Verteilungsschlüssel und dem Geist des Gesetzes vom Jahre 1958 angemessen sind? Das ist meine präzise Frage.

Meine zweite Frage lautet: Gedenkt der Regionalausschuß die Verteilung dieses Fonds auf die beiden Provinzen nach dem alten Schlüssel 50 zu 50 vorzunehmen oder im Sinne des Gesetzes, das vorsieht, daß die Beträge nach der Intensität des Fremdenverkehrsbetriebes, also nach der touristischen Bedeutung der betreffenden Provinz, aufgeteilt werden sollen? Wenn wir uns an diesen Verteilungsgrundsatz halten, müßte der Provinz Bozen wesentlich mehr zukommen, denn nach den Daten des Jahres 1959 entfallen in der Provinz Bozen 87% der Gesamteinkünfte auf die Gastbetriebe und nur 12% auf Nichtgastbetriebe, also Zimmervermieter. Das Verhältnis ist in der Provinz Trient nahezu umgekehrt: nur die Hälfte entfällt auf Gastbetriebe und die andere Hälfte auf Zimmervermieter oder andere Einrichtungen, auf die ich noch näher zu sprechen komme. Von den Gesamtübernachtungen entfallen in der Provinz Bozen nahezu 75% auf die Gastbetriebe und nur 25% auf Nichtgastbetriebe, während in der Provinz Trient nur 21% auf Gastbetriebe und nahezu 80% auf Nichtgastbetriebe entfallen. Es entsteht daher ein gewisser Verdacht, daß diese Situation in der Provinz Trient etwas aufgebauscht wird. Wenn wir uns diese Übernachtungen in den Nichtgastbetrieben ansehen, so sieht das Bild folgendermaßen aus: von den 5.000.812 Übernachtungen in der Provinz Trient im Jahre 1959 entfallen auf Privatwohnungen und Privatzimmer 3.089.000, auf

Sanatorien 709.000, auf religiöse Institute 675.000, auf Kinderkolonien 1.276.000, auf Campings und Jugendheime 62.000. Das heißt, meine Herren, daß nur rund $3\frac{1}{2}$ Millionen auf Fremdenverkehrsbetriebe als solche, auf den eigentlichen Tourismus, entfallen. Die Ziffer ist also aufgebauscht und man kann behaupten, daß hier die Sanatorien, die religiösen Institute, die Kinderkolonien, ja sogar die Heilanstalt in Pergine dazu herhalten müssen, um sie nach Möglichkeit zu vergrößern und damit das Halb-und-halb-System mit der Provinz Bozen zu rechtfertigen. Ich glaube nicht, daß dieses System sehr korrekt ist. Es muß in Südtirol zumindest Enttäuschung und den Verdacht einer Übervorteilung durch die Provinz Trient hervorrufen. Ich zeige das in ganz offener und leidenschaftsloser Weise an Hand dieser Zahlen. Es ist ja auch nicht verwunderlich, wenn wir uns ferner die Statistik ansehen, die vom Jahre 1957 bis zum Jahre 1959 reicht. Bis zu diesem Zeitpunkt, wo die neue Gesetzgebung herausgekommen ist, hat der Fremdenverkehr in der Provinz Trient um sage und schreibe 113,8% zugenommen, während im gleichen Zeitraum der Fremdenverkehr in der Provinz Bozen nur um 14,2% zugenommen hat. Meine Herren, Sie können alle möglichen Gründe, auch politischer Natur, für dieses Nachhinken der Provinz Bozen anführen, aber eine Differenz von 100% gegenüber der Provinz Trient erscheint nicht annehmbar. Es ist evident, daß dabei sämtliche Sanatorien, Spitäler usw. mit hineingestopft wurden, nur zu dem Zweck, um die Zahl nach Möglichkeit hinaufzuschrauben.

Ich habe Ihnen das an Hand der mir zur Verfügung stehenden amtlichen Statistik, die die ENIT jedes Jahr herausbringt, kurz illustriert, um die präzise Anfrage an Sie zu richten, ob Sie sich in Zukunft auch an diesen Verteilungsschlüssel halten wollen.

(Abbiamo preso atto delle dichiarazioni del Presidente della Giunta regionale. È sempre cosa strana e strano il metodo di porre a confronto le differenti spese a seconda la loro importanza. È logico che confrontando ad esempio le spese a favore del movimento turistico con quelle a favore di provvedimenti per opere di pronto soccorso, il turismo ne avrà sempre la peggio. Credo che siamo consapevoli di questo fatto e che nessuno di noi vorrà mai fare delle obiezioni contro simili provvedimenti — al contrario! — Abbiamo da tempo ormai auspicato un intervento più massiccio del Governo centrale e della Regione proprio per quanto riguarda le opere di pronto soccorso. Mi ricordo ancora dei ministri venuti nel 1958 in provincia di Bolzano per fare a destra e a manca delle grandi promesse proprio a proposito di queste opere di pronto soccorso, promesse che peraltro non sono state mai tradotte in realtà. Ma volevo dire soltanto quest'oggi che simili paragoni sono a mio modo di vedere inammissibili. Poichè se volessimo porre a confronto i provvedimenti a seconda la loro importanza, ne potremmo senz'altro citare almeno una trentina di capitoli del bilancio regionale, capitoli che sono sicuramente molto meno importanti di quanto non lo sia il movimento turistico.

Il mio intervento odierno si concentra principalmente su due precise domande che vorrei porre alla Giunta regionale, e cioè:

1) Che cosa intende fare la Giunta regionale per realizzare l'art. 10 della legge del 4 marzo 1958;

2) se la Giunta intende procedere alla distribuzione di questo fondo secondo i criteri previsti dalla legge stessa. E al riguardo vorrei dare brevemente qualche delucidazione.

Come loro sanno, la più copiosa fonte di reddito degli Enti provinciali per il turismo è venuta a mancare in seguito ad una sentenza della Corte costituzionale del 1957. Fu poi ema-

nata nel 1958 una nuova legge, quella recante il numero uno, con la quale lo Stato aveva assunto l'impegno di coprire la lacuna nel finanziamento degli Enti provinciali per il turismo provocata dalla succitata sentenza. Circa il criterio per la ripartizione del relativo fondo la legge stabilisce: « . . . La ripartizione del fondo va effettuata a mezzo decreto del Ministro per il turismo, tenendo conto delle esigenze dei singoli enti a seconda della loro importanza turistica, dello stato di efficienza delle attrezzature turistiche e dell'affluenza di forestieri ». Segue poi una frase complementare, con la quale si intendeva evidentemente aprire una seconda porta dicendo letteralmente « . . .tenendo conto delle esigenze dei singoli Enti in funzione degli interessi del turismo nazionale ». Non credo che la citata frase complementare debba, circa la ripartizione di questo fondo statale, avere l'effetto incisivo tale, da spartire addirittura in quattro la quota spettante alla nostra Regione. Poichè secondo i calcoli statistici dell'ENIT, stando alla chiave di riparto in parola, alla sola provincia di Bolzano dovrebbero spettare ben 150 milioni di Lire. Con i dati che citerò in seguito, intendo riferirmi esclusivamente alla provincia di Bolzano, ma penso che nella provincia di Trento la situazione sia pressappoco la stessa. Nel '58 anzichè 116 milioni la provincia di Bolzano ha ricevuto soltanto 68 milioni di quanto le sarebbe toccato; nel '59 furono 42 milioni anzichè 145. Nel 1960 la situazione si è rilevata ancora peggiore, poichè alla provincia di Bolzano erano stati assegnati soltanto 37 milioni di Lire. Il contributo statale in materia si è rivelato quindi costantemente regressivo. Con la mia domanda vorrei perciò venire a sapere, che cosa la Giunta regionale ha intrapreso per porre rimedio al lamentato inconveniente. Bisogna parlare proprio di una sconvenienza, poichè questa ripartizione non rispon-

de in alcun modo nè alla lettera nè allo spirito della legge a suo tempo emanata appositamente per compensare l'ammancio provocato dalla in- costituzionalità dei metodi di finanziamento di allora. Credono i signori della Giunta che la somma di 80 milioni assegnata per tutta la Regione sia commisurata a quanto previsto dalla chiave di riparto e allo spirito della legge del '58? È questa la precisa mia domanda.

La seconda domanda che pongo è la seguente: Intende la Giunta regionale procedere alla ripartizione di questo fondo a favore delle due province secondo la vecchia chiave di riparto del 50%, oppure, nel senso della legge, secondo la quale le somme assegnate devono essere ripartite tenendo conto della intensità del movimento dei forestieri e quindi della importanza turistica della rispettiva provincia? Attenendoci a questa massima di ripartizione alla provincia di Bolzano spetterebbe molto di più, poichè stando ai dati del '59 in provincia di Bolzano l'87% delle entrate totali risponde a quelle degli esercizi alberghieri e solamente il 12% a quelle riguardanti le camere private. In provincia di Trento tale rapporto è quasi l'opposto, poichè soltanto la metà delle entrate risponde agli introiti degli esercizi alberghieri e l'altra metà agli affittacamere o ad altre istituzioni, delle quali avrò cura di parlare ancora più dettagliatamente. Della cifra totale dei pernottamenti in provincia di Bolzano pressochè il 75% interessa gli esercizi alberghieri e solo il 25% quelli extra-alberghieri, mentre in provincia di Trento le percentuali sono rispettivamente il 21% riguardante gli esercizi alberghieri e pressochè l'80% riguardante quelli extra-alberghieri. Nasce così in certo qual modo il sospetto, che tale situazione in provincia di Trento sia stata alquanto gonfiata. Dando un'occhiata ai pernottamenti negli ambienti extra-alberghieri, si ha il seguente quadro: 5.000.812 era-

no i pernottamenti in provincia di Trento nel 1959, dei quali 3.089.000 in case e camere private; 709.000 in sanatori; 675.000 in istituti religiosi; 1.276.000 in colonie per bambini, e 62.000 in campings e ostelli. Ciò significa, che i pernottamenti riguardanti gli esercizi alberghieri come tali e quindi il turismo vero e proprio sono stati solamente 3 milioni e mezzo. La cifra indicata è quindi gonfiata e si può pertanto affermare che nel caso in parola si ricorre ai sanatori, agli istituti religiosi, alle colonie per bambini e finanche all'ospedale psichiatrico di Pergine per ingrandirla il più possibile al fine di giustificare il sistema della distribuzione per metà con la provincia di Bolzano. Non mi sembra che si tratti al riguardo di un sistema molto corretto. Nel Tirolo del Sud ciò deve perlomeno suscitare delle delusioni e nel contempo il sospetto di essere stati svantaggiati da parte della provincia di Trento. Lo dimostro in modo assolutamente aperto e spassionato sulla scorta appunto delle cifre. Non c'è quindi neppure da meravigliarsi se, olttracciò, esaminiamo i dati statistici dal 1957 al 1959. Fino a quel momento, in cui cioè era stata emanata la nuova legislazione, il movimento turistico in provincia di Trento era salito del 113,8%, mentre nello stesso periodo di tempo in provincia di Bolzano era stato registrato un aumento del solo 14,2%. Si potrà ricorrere a tutti i motivi immaginabili pure di natura politica per spiegare la circostanza che la provincia di Bolzano sia nel suo sviluppo zoppicante, ma una differenza addirittura del 100 per 100 rispetto alla provincia di Trento appare cosa troppo grossa e perciò inverosimile. È evidente — lo ripeto — che si è voluto caricare la cifra ricorrendo ai ricoverati nei sanatori, negli ospedali, ecc. pur di avere la possibilità di ingrandirla.

L'ho dimostrato sulla scorta dei dati statistici ufficiali in mie mani e pubblicati anno

per anno dall'ENIT, illustrando i dati stessi brevemente per rivolgere alla Giunta la precisa domanda tendente a sapere, se essa intende attenersi anche per il futuro a siffatta chiave di riparto.)

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Corsini.

CORSINI (Assessore industria e turismo - P.L.I.): Gli argomenti che ha toccato il consigliere Fioreschy in questo suo intervento, a proposito del cap. 39, riguardante assegnazioni di fondi da parte del Ministero del turismo e dello spettacolo da ripartire fra gli Enti provinciali del turismo operanti nella Regione, ai sensi dell'art. 10 della Legge 4 marzo 1958, n. 174, sono argomenti che fa piacere di poter considerare qui apertamente, anche perchè sono stati presentati con una signorile pacatezza in modo che invogliano ad entrare nel merito, differentemente da quanto qualche volta avviene, nel momento in cui queste stesse osservazioni sono presentate con un tono di lamentanza e quasi con rammarico per una forma di ingiustizia che la Regione attuerebbe nei confronti del turismo in provincia di Bolzano. Abbiamo sentito questi temi già in quelle numerose doglianze che proprio all'inizio di questa legislatura sono state presentate dal consigliere capogruppo della S.V.P. In sostanza, queste doglianze per quanto riguarda il turismo, si riassumono in questo: che la Regione sarebbe intervenuta in un modo parziale, con maggior favore per la provincia di Trento, rispetto a quanto fatto per la provincia di Bolzano. Ora, a prescindere dalle altre risposte che si daranno in altra sede, o parlando direttamente di tutto il fenomeno turistico nella Regione, o rispondendo direttamente a questa doglianza presentata dal capo gruppo della S.V.P., qui io vorrei far considerare che esistono due forme di azione

della Regione nel settore turistico. Una, diciamo così, diretta e una indiretta. Se c'è una forma di intervento indiretto è proprio questa riguardante l'art. 39, in quanto gli stanziamenti sono determinati con assegnazioni fatte dal Ministero del turismo e dello spettacolo, per cui può essere valido l'invito da parte del consigliere Fioreschy a sollecitare la Giunta perchè, a sua volta, solleciti il Ministero, onde ottenere un aumento di questi stanziamenti, tenuto presente però di quella che è effettivamente la legge che presidia ad essi e che, in sostanza, lascia una certa libertà al Ministero stesso di determinare le somme per i singoli Enti provinciali del turismo della Repubblica italiana. E perciò questo non può essere un appunto rivolto alla Giunta regionale. Caso mai un appunto potrebbe essere, se non avessimo la possibilità di smantellarlo abbastanza facilmente, quello che rivolge il cons. Fioreschy alla Giunta per quanto riguarda la ripartizione di questi stanziamenti, che la Giunta regionale farebbe ai due Enti provinciali del turismo di Trento e di Bolzano. Ora io vorrei far considerare al consigliere Fioreschy che proprio le parole e i criteri da lui citati nel suo intervento, vengono a rafforzare il criterio e la chiave di ripartizione fatta dalla Giunta regionale, cioè quello del 50% perchè lei sa bene che questi fondi di cui al cap. 39 sono assegnati sulla base del 50% all'Ente provinciale del turismo di Trento e del 50% all'Ente provinciale del turismo di Bolzano. Ora è evidente, e umano ed anche comprensibile che nel momento in cui ci sono due concorrenti a fruire della stessa somma, ciascuno dei due avanzi meriti maggiori onde vedersi assegnati fondi maggiori. In sostanza, i criteri dettati dalla legge sono questi: l'importanza turistica, la consistenza, il flusso delle correnti turistiche; li ha ripresi e ad essi ha accennato lo stesso cons. Fioreschy

nel suo intervento. Che cosa ha da vantare la provincia di Bolzano, è cosa nota allo stesso ex Presidente dell'Ente provinciale del turismo, che tali osservazioni ha fatte, rifatte, riavanzate; che cosa ha da vantare la provincia di Bolzano per richiedere una maggiore assegnazione di fondi rispetto a quella di Trento? Vanta il fatto che il numero delle presenze segnalate in provincia di Bolzano, anche se largamente inferiori a quelle in provincia di Trento, sono però presenze che avvengono e si consolidano in esercizi alberghieri veri e propri, mentre invece in provincia di Trento il numero delle presenze in esercizi alberghieri è minore, mentre larghissimamente maggiore è quello delle presenze in altri complessi ricettivi o privati o comunque non alberghieri. La valutazione può essere fatta obiettivamente e dire: valgono di più le presenze negli esercizi alberghieri, e può essere vero. D'altro canto non si può neanche porre in nulla complementare i milioni di presenze in più che ci sono in provincia di Trento, anche se queste non sono presenze in esercizi alberghieri. Per quanto concerne poi l'importanza turistica delle due province, ci sentiamo proprio noi di poter dire con tranquillità e con sicura obiettività, indipendentemente dal numero delle presenze: « È più importante il turismo in provincia di Bolzano? È più importante, turisticamente, la provincia di Bolzano di quella di Trento? ». Non possiamo dirlo; il flusso delle correnti che costituiscono il movimento in provincia di Bolzano e in provincia di Trento, consente effettivamente una discriminazione tale da poter dire: sì, bisogna dare per questo motivo di più alla provincia di Bolzano e meno alla provincia di Trento? Io credo che lo stesso consigliere Fioreschy si sentirebbe leggermente imbarazzato a trovare altri fattori sui quali richiamare l'attenzione, che non siano proprio quelli delle presenze.

Ora qui siamo in confronto di una valutazione: maggior numero di presenze in provincia di Trento, ma minor numero in esercizi alberghieri; minor numero di presenze in provincia di Bolzano anche se presenze più qualificate, perchè presenze in esercizi alberghieri. Io credo che questi due elementi possono effettivamente equipararsi l'uno all'altro e pertanto ritengo che quella divisione del 50%, che è sempre stata adottata, possa essere utile, senza nessun atto di ingiustizia per la provincia di Bolzano, continuata ad essere applicata anche per il futuro. Il discorso si allargherebbe, ma preferirei farlo in un altro momento, se noi prendessimo in esame altre lamentele che l'Ente provinciale del turismo di Bolzano continua a presentare ed avanzare; sono quelle di bilanci deficitari, sono quelle dell'impossibilità di eguagliare il bilancio stesso e tutta una serie di lagnanze che invece di essere scaricate su se stessi, vengono, in un modo ingiusto a me pare, scaricate sulla Regione. Perchè quando l'Ente provinciale di Bolzano viene a dirci: « io ho un deficit di 20 milioni e la Regione deve intervenire per sanarlo », io direi che presenta un problema che va considerato, esaminato, ma che non presenta una richiesta imperativa alla quale ci sia un dovere di corrispondere. Perchè quando la Regione distribuisce con equità questi fondi che provengono dal Ministero, quando la Regione, come vuole la legge 18, introduce nel proprio bilancio un determinato stanziamento per operare nel settore turistico della propaganda e della pubblicità attraverso gli Enti provinciali del turismo, essa non interviene per sanare i deficit che l'Ente provinciale del turismo ha nel proprio bilancio, i quali, noi dobbiamo dire il vero, dipendono dalla responsabilità dell'Ente provinciale del turismo stesso, e non certo dalla mancata corresponsione dei propri

doveri da parte della Regione. Dire poi che sorge il sospetto che la cifra in provincia di Trento come presenze sia montata, io non mi sentirei proprio di seguire su questo sospetto il consigliere Fioreschy; lei sa come le presenze sono accertate, in quale modo e per quali scopi, e pertanto non è possibile montarle; vero è quello che lei ha affermato, cioè che qui da noi il numero delle presenze in esercizi alberghieri è quasi, per percentuale, l'opposto di quanto sia in provincia di Bolzano. Tornerò su questo argomento due volte. Una volta quando risponderò ad una interrogazione presentata dal consigliere Nicolodi a proposito di questa situazione dell'Ente provinciale per il turismo di Bolzano, e tornerò ancora quando parlerò del turismo in sede di relazione generale. Ma fin d'ora io vorrei dir questo agli uomini che sono responsabili della vita pubblica in provincia di Bolzano e agli operatori economici del turismo di lassù: il regresso o, per meglio dire, l'inferiore progresso del turismo in provincia di Bolzano rispetto a quanto avvenuto in provincia di Trento, non dipende assolutamente nè da una parziale suddivisione dei fondi che faccia la Regione, nè da questa, che io riconosco, esiguità di fondi posta ed assegnata dal Ministero. Dipende da cause più profonde che in parte, e questo dobbiamo riconoscerlo e prenderne atto come segno di buona volontà nell'esame del problema, ha riconosciute anche lo stesso Fioreschy quando diceva: « Va bene, ci saranno anche motivi politici, ma il motivo è diverso ». Io dico: no, non sono motivi di mancata alimentazione finanziaria di questi enti ad aver creato questa situazione deficitaria, sono motivi ben diversi, sono proprio quelli ai quali lei ha accennato, ed io non dico questo in veste polemica, nè verso di lei, nè verso la parte che rappresenta, ma lo dico per il dovere di indicare un elemento che

a nostro avviso ritarda lo sviluppo turistico in provincia di Bolzano, con l'augurio che questo elemento, fattore negativo, possa essere rapidamente tolto.

PRESIDENTE: La parola al dott. Magnago.

MAGNAGO (Presidente G.P. Bolzano - S.V.P.): Ich möchte nicht noch einmal auf alle Argumente eingehen, die bereits Dr. Fioreschy vorgebracht hat. Die Antwort des Assessors ist absolut unbefriedigend und generell. Er gibt zu, daß auf dem Sektor des Fremdenverkehrs die Provinz Bozen viel mehr Übernachtungen hat, daß man aber eine Aufteilung halb und halb vornimmt, weil Trient andererseits Übernachtungen hat, die nicht direkt Gasthäuser und Hotels betreffen. Er gibt damit praktisch zu, daß alle Kinderkolonien, eventuell auch die Heilanstalt von Pergine mit ihren Präsenzen, sowie die verschiedenen Lungenheilanstalten und alle religiösen Institute bei der Bemessung der Gelder, die die Region an die beiden Fremdenverkehrsämter vergibt, mit ihren Präsenzen mitgerechnet werden. Die ausweichende Antwort des Assessors sollte besagen: Wenn man das eine und das andere berücksichtigt, dann ist eine Aufteilung 50 zu 50 ganz in Ordnung. Wir wissen nun aber genau — Assessor Fioreschy hat es erklärt —, wieso Trient so viele Übernachtungen hat. Mir kommt vor, daß man als zuständiger Assessor schon näher auf dieses Problem eingehen müßte.

(Non vorrei a mia volta toccare nuovamente tutti gli argomenti già trattati dal dott. Fioreschy. La risposta dell'Assessore è assolutamente insoddisfacente e generica. Egli stesso ammette che nel settore del movimento turistico la provincia di Bolzano ha un numero superiore di pernottamenti, che però si procede alla ripartizione dei fondi per metà avendo Trento d'al-

tra parte dei pernottamenti non riguardanti direttamente gli esercizi alberghieri. Ciò dicendo egli praticamente ammette che nel commisurare i fondi erogati dalla Regione ai due Enti provinciali per il turismo vengono incluse pure le presenze di tutte le colonie — eventualmente anche quelle dell'ospedale psichiatrico di Pergine — nonché quelle dei differenti sanatori e di tutti gli istituti religiosi. La risposta evasiva dell'Assessore dovrebbe significare che, tenendo conto dell'uno e dell'altro, la ripartizione per metà è del tutto regolare. Dopo aver ascoltato l'Assessore Fioreschy sappiamo però con esattezza il perchè Trento registra tanti pernottamenti. A me sembra che come Assessore competente sarebbe doveroso trattare più minutamente tale problema.)

PRESIDENTE: La parola al Presidente Dalvit.

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.): Secondo me, il Presidente della Giunta provinciale di Bolzano, dott. Magnago, ha affrontato un tema che anche nella discussione di questo bilancio andava affrontato, ed è quello della ripartizione della spesa del bilancio della Regione. Sarò brevissimo in queste mie dichiarazioni, ma sarò lieto di sentire una risposta. La Giunta ha affrontato il tema ed ha in via di massima stabilito che il criterio della metà e metà vale per la propria prassi amministrativa anche per il futuro. Questo in risposta alle richieste della provincia di Bolzano, — vedi settore del turismo, — ma soprattutto anche in risposta alle numerose pressanti richieste di altri settori che riguardano la provincia di Trento, dove il metodo di valutazione non sono le presenze degli alberghi, ma sono i bisogni; dove autenticamente la chiave di ripartizione non può essere che difficilmente riferita ad un criterio di carattere generale omogeneo per

le due province, per cui si arriverebbe a delle ripartizioni in un certo Assessorato in un certo modo, in un altro in un certo altro modo. Quindi ci dica il dott. Magnago, ci dica la S.V.P., se il criterio che loro hanno invocato per il settore del turismo, vale a dire, in riferimento ad una legge nazionale, debba valere, e con ciò i criteri delle presenze, ecc., debbano valere anche per gli altri. Perchè ci fornirebbero, fornirebbero alla Giunta, un utile motivo di meditazione. Come orientamento, ripeto, della Giunta, c'è quello della ripartizione a metà. Ammettiamo e ammettendo che questo sia un espediente, che questo non risolva tutti i problemi fino in fondo, esso però fa parte di una prassi che, instaurata nel 1949, è durata fino al 1960, presenti in Giunta gli Assessori della S.V.P. Quindi, se si muove rimprovero alla Giunta di continuare su questa strada, lo si dica apertamente; però non si pretenda che questo sia fatto solo quando conviene ad una provincia, — non discuto quale essa sia, — ma si pensi che questo debba essere un criterio che valga. La Giunta è lieta di sentire il pensiero del Consiglio su questo tema.

PRESIDENTE: La parola al dott. Fioreschy.

FIORESCHY (S.V.P.): Ich muß sagen, daß die Erklärungen des Ausschußpräsidenten vollkommen abwegig sind. Ich habe an den Regionalausschuß die Anfrage gerichtet, wie er die Mittel zu verteilen gedenkt. Wir haben die Antwort gehört. Es hat dazu auch Dr. Magnago Stellung genommen. Meine Herren, ich will mit meiner Anfrage absolut nicht das Verteilungssystem oder den angewandten Verteilungsschlüssel gegenwärtig zur Diskussion stellen. Ich beziehe mich mit meiner Frage auch auf den Bericht des Regionalausschusses. Er behauptet selbst: « L'amministrazione regionale

opera in questo campo da intermediario». Wenn ich nur ein intermediario, ein Treuhänder, bin, so muß ich das Gesetz auch als Treuhänder verwalten. Meine Anfrage ging dahin, ob der Ausschuß sich in diesem Falle nach dem Staatsgesetz richten will oder nach den allgemeinen Kriterien, wie es in der Region gehandhabt wird. Meine Ansicht ist, daß er als Verwalter dieses Gesetzes die Kriterien des Gesetzes selbst anwenden muß und nicht eigene Kriterien dazu erfinden soll. Das widerspricht jeder juristischen Auffassung und der Figur eines Treuhänders im besonderen. Ich wollte hier keine odiosen Vergleiche ziehen, das liegt mir vollkommen fern. Wir wünschen den Trentinern alles Gute und neiden ihnen gewiß nichts. Wir wollen nur das haben, was uns zusteht und was wir in anderer Weise auch bekommen hätten. Wenn die Zuweisung dieses Fonds des Kapitels 139 nicht über die Region erfolgen würde, würden wir wesentlich mehr bekommen. Das ist meine Behauptung, auf die ich eine Antwort haben wollte. Ich wollte also keine odiosen Vergleiche mit der Provinz Trient anstellen und auch nicht das Verteilungssystem der Gelder innerhalb der Region überhaupt antasten.

(Devo dichiarare che quanto ha detto il Presidente della Giunta è del tutto fuori luogo. Avevo chiesto alla Giunta regionale di sapere, come essa intenda ripartire i fondi. Abbiamo sentita la relativa risposta. E al riguardo aveva preso la parola anche il dott. Magnago. Lungi da me l'intenzione di mettere al momento in discussione il sistema della ripartizione o l'applicata chiave di riparto. Avevo fatto riferimento alla relazione presentata dalla Giunta regionale, in cui è detto: « L'Amministrazione regionale opera in questo campo da intermediario ». Se sono quindi soltanto un intermediario, è giusto che la legge venga da me applicata come tale. Volevo sapere, se la Giun-

ta nel caso in parola intende attenersi alla legge nazionale oppure ai criteri generali così come vengono praticati in Regione. Sono d'avviso che la Giunta quale amministratrice di questa legge debba applicare i criteri stabiliti dalla legge medesima e non possa inventare all'uopo criteri propri. Ciò sarebbe in contrasto con qualsivoglia concezione giuridica e con la natura dell'amministratore in particolare. Non intendevo ricorrere qui a dei paragoni odiosi, poichè sono lontano dal farlo. Ai Trentini vada il nostro augurio di ogni bene e non li inviamo in alcun modo. Vogliamo ottenere soltanto quanto effettivamente ci spetta e ciò che avremmo ottenuto anche in altro modo. Se l'assegnazione del fondo di cui al cap. 139 non dovesse avvenire tramite la Regione, otterremmo molto di più. È questa la mia affermazione, alla quale desideravo ricevere una risposta. Ripeto che non era nelle mie intenzioni nè di fare degli odiosi paragoni con la provincia di Trento e nemmeno di toccare il sistema di ripartizione dei fondi nell'ambito della Regione.)

PRESIDENTE: La parola al dott. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Der Regionalausschußpräsident hat angeführt, daß auch in der Zeit, als die Südtiroler noch im Regionalausschuß waren, ein Verteilungsschlüssel praktiziert wurde, der ihre Zustimmung gefunden hat. Das stimmt auch; nur habe ich bereits Gelegenheit gehabt zu erwähnen, daß wir es waren, die nach einer Aussprache im Regionalausschuß den Berichterstatter in der beschlußfassenden Kommission des Senats, Senator Braitenberg, ersucht haben, dafür einzutreten, daß diese Mittel über die Region den Provinzen zuguteil werden und nicht durch das Ministerium unmittelbar an die Landesfremdenverkehrsämter. Dies aus dem Grunde, weil wir vom Standpunkt ausgingen, daß trotz unserer

Forderung nach Auflösung der bestehenden Region, solange diese Region mit ihrer primären Zuständigkeit für den Fremdenverkehr besteht, diese Zuständigkeit gegenüber der römischen Zentralgewalt auch von uns verteidigt werden soll. Senator Braitenberg hat damals als Berichterstatter einen entscheidenden Einfluß dahingehend ausgeübt, daß trotz der geringen Begeisterung der Sizilianer und Sarden in diesem Falle — und ich glaube, es ist dies bei Staatsgesetzen eine seltene Ausnahme — die Zuständigkeit der autonomen Regionen Sizilien, Sardinien, Aosta und Trentino - Tiroler Etschland respektiert wird. Wir wollten doch bei der Verteilung dieser Mittel nicht ausgerechnet den Anteil der Provinz Bozen schmälern. Es war uns klar, daß auch von seiten der Region — sofern sie nicht ein anderes Gesetz erläßt — auf Grund der Kriterien vorgegangen werden muß, die im Staatsgesetz enthalten sind, und daß bei effektiver Anwendung dieser Kriterien, die unserer Ansicht nach gerecht sind, die Provinz Bozen wegen ihres Aufwandes für die sogenannte Fremdenindustrie (industria alberghiera) mehr bekommen müßte als die Provinz Trient. Deswegen ist auch in das Gesetz, und zwar auf Antrag des Senators Braitenberg, ein Passus eingefügt worden, der auf die Übernachtungen in den anerkannten öffentlichen Betrieben besonders Bezug nimmt und die Verwaltung zwingt, darauf Rücksicht zu nehmen. Die gesamte Vorgeschichte dieses Gesetzes spricht also für uns, in dem Sinne, daß wir die Regionalautonomie gegenüber einer zentralistischen Auffassung verteidigt haben, durch die jetzige Praxis aber benachteiligt sind, obwohl im Gesetz Kriterien festgelegt sind, die für uns sprechen würden. Eben weil hier die Kriterien eines Staatsgesetzes maßgebend sind, kann nicht die Frage der allgemeinen Verteilung der regionalen Mittel je zur Hälfte auftauchen

und abgesehen davon haben wir in besonderen Fällen — siehe die Verteilung der regionalen Mittel für defizitäre Gemeinden — anerkannt, daß die Provinz Trient einen gewissen höheren Prozentsatz bekommen soll, weil sie mehr Gemeinden hat und dementsprechend auch mehr Gemeinden defizitär sind. Meiner Ansicht nach steht das aber hier nicht zur Debatte, da ja in einem Staatsgesetz gewisse Kriterien festgelegt sind, die die Region respektieren muß, solange sie diesbezüglich kein eigenes Gesetz erläßt.

(Il Presidente della Giunta regionale ha detto che anche nel periodo in cui i Sudtirolesi erano ancora rappresentati nella Giunta era stato praticato una chiave di riparto pure da essi approvata. Questo è vero. Come avevo occasione di dirlo precedentemente, siamo stati noi però ad invitare, dopo averne parlato in seno alla Giunta regionale, il relatore della Commissione deliberante del Senato — senatore von Braitenberg — di intervenire affinché i fondi in parola venissero assegnati alle province tramite la Regione e non per mezzo del Ministero direttamente agli Enti provinciali per il turismo. Ciò per il motivo di aver sostenuto il punto di vista che, nonostante la nostra richiesta di sciogliere la Regione, la stessa, fintanto che esiste con la sua competenza primaria in materia di turismo, venisse da noi in questa sua competenza difesa di fronte al potere centrale di Roma. Come relatore il senatore von Braitenberg aveva a suo tempo esercitato un'influenza determinante per far sì che la competenza delle Regioni autonome della Sicilia, della Sardegna, della Val d'Aosta e del Trentino - Alto Adige venisse rispettata, e ciò malgrado il poco entusiasmo dimostrato da parte siciliana e sarda il chè, trattandosi di leggi statali, costituisce una rara eccezione. Era logico che distribuendo questi fondi non restringessimo proprio quella quota parte che spetta

alla provincia di Bolzano. Era chiaro per noi che — fintanto non sarà emanata un'altra legge — anche da parte della Regione va proceduto in base ai criteri stabiliti dalla legge nazionale. Era pure chiaro che, applicando effettivamente tali criteri, i quali secondo noi sono giusti, alla provincia di Bolzano spettasse di più che non alla provincia di Trento per le maggiori spese sostenute a favore dell'industria alberghiera. Appunto per questo fu inserita nella legge su richiesta del senatore von Braitenberg un passo, con il quale si fa apposito riferimento ai pernottamenti negli esercizi pubblici riconosciuti, obbligando in tal modo l'Amministrazione a tenerne conto. Tutti gli antefatti riguardanti questa legge parlano dunque in nostro favore, nel senso cioè, che siamo stati noi ad aver difeso l'autonomia regionale di fronte a determinate concezioni centralistiche, che siamo però stati svantaggiati attraverso la prassi attuale nonostante i criteri fissati dalla legge che danno ragione a noi. Appunto perchè devono essere considerati determinanti i criteri stabiliti da una legge nazionale non può sorgere la questione riguardante la ripartizione generale a metà dei fondi regionali, ma a prescindere da questo, in casi particolari — e mi riferisco in proposito alla ripartizione dei fondi regionali a favore di comuni deficitari — fu da noi riconosciuto che alla provincia di Trento debba spettare una percentuale in certo qual modo superiore per avere la stessa un maggior numero di comuni e quindi un numero superiore di comuni deficitari da assistere. Ma, a mio modo di vedere non è questo di cui si sta discutendo in questa sede, visto che abbiamo a che fare con certi criteri stabiliti da una legge nazionale che da parte della Regione vanno rispettati fintanto che essa non emani al riguardo una propria legge.)

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Corsini.

CORSINI (Assessore industria e turismo - P.L.I.): Mi dispiace dover intervenire su un tema che dovrebbe essere, a nostro avviso, estremamente chiaro. Infatti l'art. 10 a cui ci si richiama e al cui rispetto si richiama, è stato un momento fa riassunto, se non letto integralmente, dal consigliere Fioreschy. E proprio il consigliere Fioreschy ha messo in rilievo che in questo articolo non c'è un fattore unico di valutazione, ma ci sono fattori concorrenti di valutazione, tanto che egli dice che l'assegnazione di tali contributi viene disposta con decreto del Ministero del turismo e dello spettacolo, tenendo conto delle esigenze dei singoli enti: primo, in rapporto all'importanza turistica della zona; secondo, in rapporto alla consistenza turistica e al patrimonio alberghiero; terzo, in rapporto al movimento dei forestieri (non dice dei forestieri che pernottano negli alberghi, dice al movimento dei forestieri); quarto, in funzione degli interessi del turismo nazionale. Lasciamo perdere questo ultimo elemento del quale non vogliamo tener conto data la difficoltà della sua valutazione. Ora non vedo in qual modo due province così finitime potrebbero essere distinte; ma io ho dinanzi una legge che mi impone di tener conto di tre elementi, e di questi uno è favorevole alla provincia di Bolzano, gli altri due alla provincia di Trento. È giusta o non è giusta allora questa ripartizione? È senz'altro indipendente dalla chiave di ripartizione degli altri fondi regionali, e proprio perchè l'ultimo comma dell'art. 10 afferma che l'assegnazione dei contributi viene fatta direttamente alle singole amministrazioni regionali che provvederanno alla ripartizione fra gli E.P.T. operanti nella Regione con i criteri di cui al comma precedente. Ap-

punto per l'applicazione di questi criteri della legge nazionale, che è vigente ed opera, credo non ci sia nessun altro mezzo equo che non sia quello della ripartizione a metà. Perchè, di questi tre fattori di cui dobbiamo tener conto, uno è a favore della provincia di Bolzano, gli altri due sono a favore della provincia di Trento. A me pare che la posizione sia chiara e che non ci sia nessuna presa di posizione contraria agli interessi della Provincia di Bolzano. Altra è, invece, la domanda presentata dal consigliere Fioreschy quando dice: « Intende la Giunta regionale cercare di far sì che questo contributo, questa assegnazione da parte dello Stato, aumenti? ». La risposta è stata già data, consigliere Fioreschy, qui: pensiamo di sì; però dobbiamo dire fin dall'inizio che questi criteri discrezionali di valutazione, discrezionali nella valutazione di questi tre fattori, non solo operano all'interno della Regione, ma operano bensì all'interno dell'intera Repubblica italiana. E pertanto sarà nostro compito, e gradito, di cercare di convincere gli organi romani per l'aumento di questi fondi, e questa è materia che fa piacere sentire trattare qui; il resto è veramente una specie di bega paesana che mi dispiace. Quando poi il signor Presidente della Giunta provinciale di Bolzano dice che io ho risposto in modo vago, io sono disposto qui a dargli lettura immediata di tutti quelli che sono i movimenti di forestieri per le annate successive in provincia di Trento e in provincia di Bolzano. È questo che chiedo adesso, che faccio adesso, se ha la pazienza di attendere. L'avrei fatto nel momento opportuno. Lo vuole adesso?

BENEDIKTER (S. V. P.): Questo non l'ho chiesto.

CORSINI (Assessore industria e turismo - P.L.I.): Allora è vaga una risposta quando si

dice: « Questa è la legge? ».

MAGNAGO (Presidente G.P. Bolzano - S.V.P.): Sul criterio di ripartizione aspettavamo una sua risposta.

CORSINI (Assessore industria e turismo - P.L.I.): Adesso è chiaro?

MAGNAGO (Presidente G.P. Bolzano - S.V.P.): Non sono d'accordo.

CORSINI (Assessore industria e turismo - P.L.I.): Che non sia d'accordo lo so.

(Assume la presidenza il Presidente Albertini).

PRESIDENTE: La parola al consigliere Raffaelli.

RAFFAELLI (P.S.I.): Io ho un dovere preciso, al quale intendo assolvere con un breve intervento. L'altro giorno io sono stato uno dei due che ha preso la parola sul discorso programmatico del Presidente, o meglio, — secondo la R.A.I. di Bolzano, Gazzettino delle Dolomiti di domenica scorsa, commento ai fatti della settimana, — sono uno di quei « nessuno » dell'opposizione che, secondo la R.A.I., ha preso la parola di fronte al discorso del Presidente. E ho detto, o mi sono sforzato di dimostrare in quel discorso, che il discorso del Presidente era lacunoso, pieno di reticenze, cose non dette, sottaciute od omesse. Devo riconoscere che, un po' alla volta, il programma della Giunta esce. Ieri c'è stata una certa espressione del Presidente che va anche rilevata, che darebbe una certa idea di come va intesa l'autonomia. Io, nel breve intervento che avevo fatto nel momento della costituzione della Giunta, avevo rivolto ai colleghi entrati in Giunta, e che erano stati con noi per parecchi anni sui

banchi della opposizione, un cordiale appello a cercar di ricordare quelli che erano stati, quello che avevano detto, quello che avevano sostenuto negli anni scorsi. E mi dichiaravo in un certo senso, già in anticipo, solidale con loro, almeno parzialmente, in quanto nella Giunta avessero portato queste istanze. Mi riferisco in modo particolare al collega Molignoni e al collega Corsini, in questo preciso caso. Il collega Molignoni, nell'anno 1953, — per risalire ad un documento preciso, del quale ho memoria sicura, — ha firmato, assieme a noi e assieme ai colleghi del partito comunista, una relazione di minoranza al bilancio del 1953, nella quale uno degli argomenti che si sviluppavano più largamente e a fondo, era proprio la critica al criterio di ripartizione metà e metà. Suppongo, — non lo posso affermare con certezza, — che dopo di allora, il collega Molignoni abbia preso la parola anche per sostenere questo argomento. Certo non mi risulta che, fino a pochi mesi fa, egli avesse cambiato opinione in materia; oggi egli non ha smentito e non smentirà il Presidente della Giunta, il quale ha detto che il criterio di questa Giunta, anche di questa Giunta, è quello della ripartizione a metà. Per il collega Corsini ci sono documenti più vicini di quello al quale mi son potuto riferire parlando del collega Molignoni. Nel suo intervento del 2 febbraio 1960, — quindi non un secolo fa, non in gioventù, non errori del passato e trascorsi degli anni belli; l'anno scorso aveva la barba che ha oggi, il collega Corsini, e l'età press'a poco che ha oggi, — diceva...

PRESIDENTE: Giudizi personali non si devono fare.

RAFFAELLI (P.S.I.): Non sono apprezzamenti personali o offensivi. Cercavo di dire in un modo figurato, un concetto matematico di età. A un certo punto diceva: « Infine — ri-

volto ai colleghi della S.V.P. — voi imponete la divisione dei fondi regionali sulla base del 50% tra le due province; nonostante la diversità dei bisogni, nonostante la diversità delle condizioni economiche, resistete contro una equa ripartizione tra Trento e Bolzano dei fondi regionali per la integrazione dei bilanci deficitari. Nel 1959 — e non presumo di dare delle cifre esattissime, ma credo che non siano molto lontane dalla verità — in provincia di Trento abbiamo 63 bilanci deficitari, in provincia di Bolzano dovrebbero essere sui 19-20 comuni con bilanci deficitari. Eppure, per strapparvi l'altro anno quella differenza di 2 milioni e mezzo, si è dovuto impiegare una giornata intera. E voi lo sapete meglio di me che dei 340 comuni della Regione, 228 sono in provincia di Trento e 112 in provincia di Bolzano ». Al ché il collega Dalsass rispondeva « ma non li abbiamo fatti noi! » E così sull'argomento si concludeva l'intervento del collega Corsini.

Ho ricordato in sede di insediamento della Giunta, quello che scriveva l'opuscolo elettorale del P.L.I. Cito a memoria, perchè oggi non ce l'ho, non mi posso portare dietro tutte le volte il bagaglio delle produzioni letterarie dei vari partiti. Certo, sono sicuro di non tradire i concetti colà espressi, se ricordo che l'accusa principale che il P.L.I. faceva al P.P.T.T., almeno sul terreno concreto economico, era quella di aver appoggiato, di aver condiviso la pretesa della S.V.P. della divisione a metà, e di aver così impinguato ed ingrassato i già pingui e grossi capitalisti dell'Alto Adige o benestanti dell'Alto Adige, e precisamente i tedeschi benestanti dell'Alto Adige. Ora, il collega Corsini ci ha spiegato, — o ha spiegato rivolgendosi particolarmente all'Assessore Fioreschy, — come, per il capitolo di cui stiamo discutendo, ci sia un intrecciarsi di diversità fra le tre condizioni poste dalla legge, che pos-

sono portare al medium, al diagramma della metà e metà, e lì io non discuto, perchè non conosco bene la materia e può darsi che sia vero. Il Presidente della Giunta tuttavia, fino a prova del contrario, ha enunciato un criterio generale che non riguarda soltanto il capitolo di cui discutiamo, ma riguarda tutto il bilancio regionale e impegnerebbe, secondo quello che siamo abituati a vedere e sentire, dovrebbe impegnare tutta la Giunta. Allora, lasciando a me, per quel che mi riguarda, personalmente, di risolvere in un modo o nell'altro la crisi a cui accennavo priva, dovrete essere, però, in un certo senso, debitori al Consiglio, di una spiegazione, signori nuovi della Giunta. Non la chiediamo ai membri democratici cristiani, che ce l'hanno data centinaia di volte, anche se non convincente, anche se non tale da persuaderci, comunque essi si sono sforzati molto spesso; ricordo una lunga discussione, disquisizione dell'avv. Odorizzi, quando era Presidente della Giunta, che elencava una serie di ipotesi, di chiavi di ripartizione, per arrivare a questo. Quindi c'è stato da parte della D.C. uno sforzo che non aveva mai convinto, fino a pochi mesi fa, neanche voi liberali, neanche voi socialdemocratici. Per cui penso che possano venire al Consiglio dei lumi nuovi, in fondo il piacere di essere convinti di una cosa, è sempre un piacere che si accoglie, che non si può rifiutare. Può darsi che nei confronti delle argomentazioni democratiche-cristiane avessimo delle prevenzioni di partenza, di fondo, pregiudizi invalicabili; e possiamo non averli nei confronti dei socialdemocratici e, per quanto riguarda problemi di questo genere, non abbiamo pregiudizi politici neanche nei confronti dei liberali. Tanto più che, ripeto, gli esempi trascinano qualche volta, più che le argomentazioni, e avere di fronte un San Paolo che è stato convertito, sia pure in 18°, — lascio stare i

santi, scherzo solo con i fanti, — avere un convertito . . .

MOLIGNONI (Assessore previdenza sociale e sanità - P.S.D.I.): Dà un taglio che ti rispondo!

RAFFAELLI (P.S.I.): Quanto ai tagli, Molignoni, quando eri su questi banchi...!!!

MOLIGNONI (Assessore previdenza sociale e sanità - P.S.D.I.): Ormai l'hai sviluppato, attendi una risposta.

RAFFAELLI (P.S.I.): Allora fissiamo un criterio che valga per tutti. La sintesi, collega Molignoni, non è mai stata fra le tue virtù quando eri nei banchi delle opposizioni, e non è neanche fra le mie. Se mi devo far dare lezioni di sintesi e di stringatezza, le vado a cercare da qualsiasi altro qui dentro, e non da te che sei sempre stato il più prolisso.

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Molignoni.

MOLIGNONI (Assessore previdenza sociale e sanità - P.S.D.I.): Al collega Raffaelli, è ora che dia uno spettacolo di stringatezza, in questa sede, perchè ha ragione lui che per otto anni questa dimostrazione non l'ho data. Non voglio fare una polemica, assolutamente, soltanto dare una risposta stringata il più possibile, alla lunga e — lasciamelo dire Raffaelli — noiosa domanda rivoltami, che poteva essere contenuta in poche parole e cioè: Molignoni, hai cambiato parere su questo problema, rispetto alla responsabilità che avevi preso nel 1954 con quella relazione di minoranza che tu avevi firmato? E il cui argomento specifico io stesso avevo impostato e scritto e ne assumo ancor oggi la paternità. Premetto, e non spetta a me

chiarire il pensiero del Presidente, che è sempre molto chiaro mi pare, che il Presidente ha posto una domanda che presuppone anche un'eventuale evoluzione del problema in altro senso. A questa domanda non è stato risposto. Premetto che la Giunta può aver preso un orientamento di massima per quanto concerne il bilancio 1961, non certo un orientamento che la impegni nella continuità del suo mandato, se questa continuità ci sarà nel tempo. Comunque, a titolo personale, e cioè come Molignoni, rispondo che non c'è stata in me nessuna evoluzione di pensiero; confermo il mio atteggiamento del 1954 nella lettera e nello spirito, cioè secondo quella relazione testè letta dal collega Raffaelli. Non ho nient'altro da aggiungere, se voglio essere stringato come ho promesso poc'anzi, e non ritornare ai vecchi sistemi di quando sedevo sui banchi dell'opposizione; non che rinneghi quei sistemi e quei metodi, sono pronto a riprenderli quando ritornerò su quei banchi e può darsi che questo avvenga e che avvenga anche presto. Io non voglio porre confini alla Divina Provvidenza nè divinare qui il futuro, sarà quello che sarà.

Raffaelli sa, — lo sa come lo so io, come lo sappiamo tutti qui dentro, — che anche in Giunta le deliberazioni si prendono come in sede di Consiglio a maggioranza o all'unanimità quando questa si verifica. È quindi presumibile che io non abbia modificato il mio atteggiamento, che l'abbia mantenuto in ogni circostanza e che lo mantenga su questo argomento. Mi pare che il tema non sia chiuso, anzi sia tutt'altro che chiuso. È stato appena appena accennato e ho detto poc'anzi che la stessa presentazione del Presidente presuppone un'eventuale evoluzione del problema e ha posto una domanda che attende una risposta. Io, naturalmente, non mancherò, anche per il futuro, di insistere sulla mia tesi, nei limiti naturalmente consenti-

timi dalla forza che rappresento in seno alla Giunta.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Ich muß auf die Diskussion über die anzuwendenden Kriterien noch zurückkommen. Denn hier — und das wird, glaube ich, allgemein zugegeben — geht es nicht um die Frage der Zweckmäßigkeit der Verteilung je zur Hälfte (denn es müßte allenfalls Regionalgesetze geben, welche die Kriterien für die Verteilung von Haushaltsposten auf beide Provinzen festlegen), sondern um die anzuwendenden Kriterien, die in einem Staatsgesetz festgesetzt sind. Diese Kriterien sind die touristische Bedeutung, das gastgewerbliche und touristische Vermögen und der Fremdenverkehr als solcher.

Nun behauptet Assessor Corsini, daß von diesen drei Kriterien zwei für die Provinz Trient sprechen — also in der Provinz Trient perzentuell mehr ins Gewicht fallen — und eines für die Provinz Bozen. Ich nehme an, daß er mit dem einen Kriterium, das ein Plus für die Provinz Bozen ergibt, das gastgewerblich-touristische Vermögen meint; ich kann es mir nicht anders vorstellen. Jetzt richte ich an ihn die Frage, ob er glaubt, daß die Provinz Bozen der Provinz Trient hinsichtlich der touristischen Bedeutung nachsteht. Er hat gesagt, eine Provinz, und zwar die Provinz Trient, habe eine größere touristische Bedeutung. Was den Fremdenverkehr an sich betrifft, frage ich nur, ob man darunter auch die Übernachtungen in den Sanatorien, in den Kinderkolonien und in den religiösen Instituten verstehen kann. Denn wenn wir die Übernachtungen, die auf diese drei Kategorien entfallen, nicht einbeziehen, alles andere aber in beiden Provinzen in gleicher Weise behandeln, auch die Privatzimmer selbstver-

ständig, dann ist die Zahl der Übernachtungen in der Provinz Bozen etwas höher. Wenn wir aber annehmen, daß die touristische Bedeutung beider Provinzen dieselbe ist, daß die Übernachtungszahl des eigentlichen Fremdenverkehrs in beiden Provinzen dieselbe ist (obwohl sie nach den letzten Erhebungen in der Provinz Bozen um ein geringes höher ist), dann gibt das sogenannte gastgewerblich-touristische Vermögen (patrimonio turistico-alberghiero), von dem der Assessor, glaube ich, selber zugegeben hat, daß es in der Provinz Bozen größer ist — d.h. daß das in Gaststätten und touristischen Einrichtungen der Provinz Bozen investierte Kapital bedeutend höher ist als in der Provinz Trient — den Ausschlag. Wir kämen also rein objektiv zu einer Mehrverteilung für die Provinz Bozen. Das ist insofern gerechtfertigt, als dieses Vermögen ja nutzbringend verwendet werden soll. In diesem Zusammenhang wage ich die Behauptung, Herr Assessor, daß das Kriterium Fremdenverkehr (movimento forestieri) mit dem « patrimonio turistico-alberghiero » in Zusammenhang gebracht werden muß, daß also nur das als Fremdenverkehr gewertet werden darf, was sich auf das gastgewerblich-touristische Vermögen bezieht. Diese beiden Kriterien stehen in engem Zusammenhang und daher dürfen auf keinen Fall die Übernachtungen in den Sanatorien, den Kinderkolonien und den religiösen Instituten mitgezählt werden. Offen bliebe noch, ob die Übernachtungen in Privatzimmern mitzuzählen sind, aber auch wenn wir sie mitzählen, ergibt sich eine etwas größere Anzahl von Übernachtungen in der Provinz Bozen.

In jedem Falle, auch wenn wir die touristische Bedeutung und den Fremdenverkehr in beiden Provinzen gleichsetzen, ergibt sich ein Plus für die Provinz Bozen auf Grund des in den bestehenden gastgewerblichen Einrichtungen und öffentlichen Betrieben und den

echten Fremdenverkehrseinrichtungen überhaupt investierten Vermögens. Damit dürfte der Beweis erbracht sein, daß von den drei Kriterien im besten Falle zwei gleich zu bewerten sind, während eines einwandfrei für die Provinz Bozen spricht.

(Devo riprendere ancora la discussione sui criteri da applicare. Non si tratta qui — penso che ciò sia generalmente ammesso — della questione riguardante l'opportunità della ripartizione a metà, ma per contro dei criteri da applicare tali quali risultano stabiliti da una legge nazionale; poichè ci dovrebbero essere comunque delle leggi regionali che sanciscano i criteri circa la ripartizione di partite di bilancio alle due province. Tali criteri, e sono tre, riguardano l'importanza turistica, il patrimonio alberghiero e turistico, nonchè il turismo stesso come tale.)

Orbene: l'Assessore Corsini afferma che di tali tre criteri due sono riferibili alla provincia di Trento in quanto sono di peso in ordine alla sua importanza per la stessa; l'altro invece sarebbe riferibile alla provincia di Bolzano. Suppongo che egli intenda riferirsi a proposito di quest'ultimo criterio — che costituisce un plus per la provincia di Bolzano — al patrimonio alberghiero e turistico e non posso immaginarmelo in altro modo. Rivolgo pertanto a lui la domanda per sapere, se egli ritiene che la provincia di Bolzano sia rispetto all'importanza turistica inferiore a quella di Trento. Ciò perchè egli si è riferito ad una provincia e precisamente a quella di Trento, la quale secondo lui avrebbe un'importanza turistica maggiore. Per quanto riguarda il turismo preso a se stante come tale, vorrei soltanto sapere, se ciò significhi di dover includere anche i pernottamenti nei sanatori, nelle colonie per bambini e negli istituti religiosi. Poichè, non includendo nei calcoli la cifra dei pernottamenti riguardanti le citate tre cate-

gorie e trattando tutto il resto allo stesso modo nelle due province, ivi compreso naturalmente le camere private, allora il numero dei pernottamenti risulterà alquanto superiore nella provincia di Bolzano. Se però dovessimo supporre che l'importanza turistica delle due province sia la stessa e così pure il numero dei pernottamenti del movimento turistico — quantunque risulta alquanto superiore in provincia di Bolzano stando alle ultime rilevazioni —, allora il cosiddetto patrimonio turistico-alberghiero avrà il valore di fattore determinante; intendo per patrimonio turistico-alberghiero — che l'assessore stesso credo abbia ammesso di essere in provincia di Bolzano superiore —, il capitale investito in esercizi alberghieri e in impianti turistici e il quale per conseguenza è segnatamente superiore in provincia di Bolzano che non in quella di Trento. Si dovrebbe quindi giungere obiettivamente ad una assegnazione maggiore a favore della provincia di Bolzano. Ciò è giustificato trattandosi di un patrimonio da impiegare a fine redditizio. In relazione con tali fatti oso affermare, signor Assessore, che il criterio « movimento forestieri » deve essere connesso con quello del « patrimonio turistico-alberghiero ». Ciò significa che per movimento forestieri debba intendersi soltanto quanto è riferibile al patrimonio turistico-alberghiero nel suo insieme. Trattasi di due criteri strettamente connessi l'un con l'altro, ragione per cui in alcun modo i pernottamenti nei sanatori, nelle colonie e negli istituti religiosi potranno essere inclusi nel numero dei pernottamenti stessi. Resterebbe da chiarire, se debbano essere inclusi o meno i pernottamenti in camere private, ma pur volendo includere anche essi, risulterebbe tuttavia un numero di pernottamenti alquanto maggiore nella provincia di Bolzano.

In ogni caso, anche se si volesse attribuire pari importanza turistica al movimento dei forestieri nelle due province, si avrà tuttavia un plus a favore della provincia di Bolzano e precisamente in base ai mezzi investiti nelle attrezzature alberghiere e negli esercizi pubblici, nonchè nelle istituzioni turistiche vere e proprie esistenti. Ciò detto, penso si sia data la prova, che dei tre criteri due dovranno nella migliore delle ipotesi essere valutati di pari misura, mentre uno di essi è indiscutibilmente riferibile alla sola provincia di Bolzano.)

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Corsini.

CORSINI (Assessore industria e turismo - P.L.I.): Questo mio terzo intervento, consigliere Benedikter, lo dico prima, non è in chiave polemica; è fatto nel tentativo di fornire a lei, ma penso li conoscerà indubbiamente, e anche agli altri colleghi specialmente della provincia di Trento che qui siedono come consiglieri regionali, dei dati e delle cifre concrete. Prima il Presidente Magnago diceva che ero rimasto nel vago; pensavo di poter fare il mio intervento in altro momento, ma adesso l'intervento suo ultimo mi obbliga ad entrare nei particolari. Che cosa diciamo della consistenza degli esercizi alberghieri? Lei dice che è superiore in provincia di Bolzano rispetto alla provincia di Trento. È vero, però guardiamo di quanto è superiore, perchè anche questo ha una certa importanza. E allora forse vedrà che non sarà questo un elemento di peso così grande da dover far pendere la bilancia in favore della provincia di Bolzano rispetto agli altri due. Consistenza degli esercizi alberghieri: in provincia di Bolzano, alberghi 740; in provincia di Trento, 672; in provincia di Bolzano, camere 15.873; in provincia di Trento, 14.221; in provincia di Bolzano, letti 26.685; in pro-

vincia di Trento 24.385; in provincia di Bolzano, pensioni 553, in provincia di Trento 588; in provincia di Bolzano, camere nelle pensioni 3.068, in provincia di Trento 3.114; in provincia di Bolzano, letti 5.648, in provincia di Trento 5.712 (sempre nelle pensioni); in provincia di Bolzano, locande 222, in provincia di Trento 159; in provincia di Bolzano, camere 3.141, in provincia di Trento 2.180; in provincia di Bolzano, letti 5.476, in provincia di Trento 3.964. Vogliamo ora fare il totale: in provincia di Bolzano: esercizi alberghieri — cioè alberghi, pensioni, locande — 1.515; in provincia di Trento 1.419. Beh! C'è una differenza, ma questa differenza non è il doppio, il triplo, il quadruplo. In provincia di Bolzano abbiamo 22.082 camere, in provincia di Trento ne abbiamo 19.515; in provincia di Bolzano abbiamo 37.809 letti, in provincia di Trento ne abbiamo 34.061; Effettivamente questi dati portano a rilevare una maggior consistenza degli esercizi alberghieri in provincia di Bolzano. Vogliamo dare un'occhiata all'altro aspetto, adesso, a quello del movimento forestieri? Vuole la distinzione anche per questo?

BENEDIKTER (S.V.P.): (*Interrompe*).

CORSINI (Assessore industria e turismo - P.L.I.): Un momento, questo non posso accettarlo, perchè questo è considerato ai sensi di legge, lei lo sa bene, pernottamento. Se questa legge non vi è gradita e in questo momento non torna a vostro favore, ci dispiace ma essa esiste, è operante, è in vigore, è un metro di rilevazione e non possiamo prescindere.

Allora vediamo la suddivisione, il movimento, la permanenza degli ultimi anni. Trento, anni 1956: arrivi 353.689; presenze 3.781.385; Bolzano, arrivi 565.619; presenze 2.827.430. Una differenza, quindi, di 1 milione a favore della provincia di Trento. Anno

1957, arrivi 436.979 in provincia di Trento; presenze 4.497.665; in provincia di Bolzano, arrivi 644.477, presenze 2.990.875. Differenza a favore della Provincia di Trento: 1.500.000 in più. Nel 1958, a Trento arrivi 726.351, presenze 7.651.003; a Bolzano arrivi 669.493, presenze 3.040.534. Differenza a favore della provincia di Trento: 4.000.000 di presenze di più. Nel 1959, arrivi in provincia di Trento 575.216, presenze 8.085.944; in provincia di Bolzano arrivi 740.416, presenze 3.679.491. Differenza a favore della provincia di Trento: 4.000.000 di presenze in più. Nel 1960, arrivi in provincia di Trento 458.088, presenze 5.248.332; in provincia di Bolzano arrivi 713.681, presenze 3.778.040. Differenza anche qui a favore della provincia di Trento di circa 1.800.000. Sono dati elaborati dagli uffici, ai quali si contrappongono altri dati probabilmente suoi perchè inviati dall'Ente provinciale del turismo di Bolzano.

BENEDIKTER (S.V.P.): La tassa di soggiorno delle due province?

CORSINI (Assessore industria e turismo - P.L.I.): La tassa di soggiorno non l'ho qui, ma mi impegno a farvela avere.

Ora, cosa ci consente questo studio, della consistenza degli esercizi alberghieri da una parte, della consistenza degli arrivi e delle partenze dall'altra? Ci consente di poter valutare in questo modo, due dei tre fattori indicati nella legge: un lieve predominio della provincia di Bolzano su quella di Trento per quanto riguarda la consistenza degli esercizi alberghieri; un abissale predominio da parte della provincia di Trento su quella di Bolzano rispetto alle presenze calcolate.

BENEDIKTER (S.V.P.): Complessiva?

CORSINI (Assessore industria e turismo - P.L.I.): Complessiva.

BENEDIKTER (S.V.P.): Ma non di quelli che pagano!

BRUGGER (S.V.P.): Si attenga alle statistiche alberghiere.

CORSINI (Assessore industria e turismo - P.L.I.): Perchè mai dovrei attenermi alle statistiche degli esercizi alberghieri?

MAGNAGO (Presidente G. P. Bolzano - S.V.P.): (*Interrompe*).

CORSINI (Assessore industria e turismo - P.L.I.): Io non ho fatto questi giudizi sul suo conto, ma la legge sono capace di leggerla anch'io come lei.

MAGNAGO (Presidente G. P. Bolzano - S.V.P.): Parla di alberghi prima, poi parla di pernottamenti, ma non è detto che si tratti di pernottamenti presso alberghi. Questa è la questione. Su tutto, ma non su alberghi, se no si ha l'impressione che qui ci si riferisce agli alberghi. Questa è stata l'impressione. Questo non è vero.

CORSINI (Assessore industria e turismo - P.L.I.): La legge dice che la ripartizione viene fatta in rapporto all'importanza turistica della zona, alla consistenza turistica del patrimonio alberghiero e turistico, al movimento dei forestieri, ma non dice al movimento dei forestieri negli esercizi alberghieri, bensì solamente al movimento dei forestieri. Questa è la realtà.

CONSIGLIERI S.V.P.: (*Interrompono*).

PRESIDENTE: Ma non interrompete, chiedete la parola. Lei non la può più chiedere, ha già parlato due volte!

BENEDIKTER (S.V.P.): Per fatto personale.

CORSINI (Assessore industria e turismo - P.L.I.): Ma che fatto personale! Questa legge è di una chiarezza palmare; se volete che si tenga conto soltanto di quella che è la presenza negli esercizi alberghieri, date in mano alla Giunta una legge diversa, fatta dallo Stato; finchè non c'è una legge regionale, noi seguiremo questa. Sulla base dei due elementi fondamentali, uno vede la preminenza lieve della provincia di Bolzano, l'altro una preminenza sensibilissima della provincia di Trento. Per cui ritengo sia equa, fatta questa comparazione, la suddivisione dei fondi a metà. Al consigliere Raffaelli vorrei dire che io mi sono espresso sull'equità della divisione a metà in merito a questo tema, e che non è autorizzato a fare illazioni su temi diversi.

PRESIDENTE: La parola per fatto personale? In che cosa consiste il fatto personale?

BENEDIKTER (S.V.P.): Es wurde behauptet, daß die von mir gemachten Angaben nicht richtig wären.

(*È stato affermato che i dati da me riferiti non sarebbero esatti.*)

PRESIDENTE: Se uno viene accusato di aver fornito dei dati falsi — il che bisogna accertare —, non è che questi possa ancora entrare nel merito, interpretando le cifre diversamente. Se volete entrare nel merito, lo faccia un altro consigliere: siete in quindici.

BENEDIKTER (S.V.P.): Kann ich in Form einer Erklärung zur Stimmabgabe sprechen?

(*Posso prendere la parola a titolo di dichiarazione di voto?*)

PRESIDENTE: Sì, in base al regolamento si può. Si può esprimere il significato del voto, in base al regolamento, perchè si dà il proprio voto. La parola al cons. Segnana.

SEGNANA (D.C.): Forse sarebbe stato meglio che una polemica del genere non l'avesimo neppure iniziata, perchè ci mettiamo proprio a fare la figura di due province, in un settore come quello del turismo, nel quale sarebbe molto più opportuno cercare degli indirizzi comuni, cercare delle iniziative da mettere in comune. Purtroppo invece vediamo spesso che ci troviamo a combattere, e non solamente qui in sede di Consiglio, ma anche in altre sedi di carattere più tecnico, quale può essere ad esempio, per il passato, il Comitato regionale per il turismo. Io non farò un lungo discorso, ma dirò alcune cose chiare. Ai rappresentanti della provincia di Bolzano io direi che sarebbe ora che si dimenticassero delle posizioni di privilegio, nelle quali si trovavano fortunatamente prima dell'ultima guerra. Signori, il 1938 è un punto di riferimento del massimo potenziamento del turismo nell'ambito della nostra regione, e durante il quale si poteva constatare come ci fosse veramente una situazione di vantaggio sia per quanto riguardava il movimento dei forestieri in provincia di Bolzano, come per le attrezzature turistico-alberghiere. Signori, le cose, da 20 anni a questa parte, sono cambiate, e anche nella provincia di Trento vi è stata una evoluzione in questo settore, che non possiamo non valutare, che non potete non valutare. Vi sono state creazioni di nuovi alberghi, e voi avete visto quali sono già le statistiche, quale è la consistenza ormai del nostro patrimonio alberghiero; ma vi è poi tutta un'altra serie di sviluppo dell'attività ricettiva, che non va ricercata unicamente nelle attrezzature alberghiere, ma va ricercata in modo particolare in quella numerosa serie di alloggi privati che

qui, nella provincia di Trento, assommano a circa 20.000. Ora, se le condizioni in provincia di Trento sono diverse, se in provincia di Trento vi è più un'accentuazione di questi alloggi privati, questo è dovuto anche a una diversa impostazione che ha il turismo nella provincia di Trento rispetto a quella di Bolzano. Qui vi è effettivamente una maggiore richiesta di soggiorno nelle case private, di soggiorni prolungati, che durano anche qualche mese, che durano anche una stagione intera. Ed è da questo che deriva, in modo particolare, quella somma di presenze che ci sono state già dette dal prof. Corsini. Ora, io dico, non è possibile ad un certo momento fare dei confronti fra l'importanza turistica della provincia di Trento e quella di Bolzano, solo partendo dalla consistenza del patrimonio alberghiero. Signori, ci sono anche moltissimi altri fattori, che possono pesare su questa determinazione della importanza del turismo nella provincia di Trento e in quella di Bolzano. Vi è poi tutta l'organizzazione turistica; nella provincia di Trento, ad esempio, noi abbiamo 21 stazioni di cura, soggiorno e turismo; abbiamo 150 pro-loco, e anche questo non è un fattore da non considerare. Consideriamo poi anche tutta quella mole di manifestazioni di carattere sportivo, manifestazioni di carattere culturale, che vengono fatte soprattutto per incrementare il movimento turistico nella provincia di Trento. Anche questo è un elemento, a mio giudizio, che serve a determinare l'importanza del turismo nella provincia di Trento. Non parliamo poi di tutti quelli che sono gli impianti cosiddetti turistici; pensiamo all'attrezzatura, per esempio, degli impianti a fune, degli impianti di risalita. Io non voglio star qui a fare dei paragoni odiosi, ma credo che, come impianti di risalita, per coloro che svolgono attività sportiva nel settore sciistico, in provincia di Trento abbiamo un pa-

trimonio che è sicuramente superiore a quello della provincia di Bolzano; non parliamo poi degli impianti sportivi, campi sportivi, campi di tennis, campi di okey, ecc.; e non vogliamo neppure trascurare tutta quell'altra attrezzatura che vi è ormai nelle nostre stazioni di cura, soggiorno e turismo, ma anche nei più piccoli centri, e che è quella dei campi-giochi per bambini, dei campi di schettinaggio, ecc., che costituisce indubbiamente un elemento notevole anche ai fini della considerazione della importanza del turismo nella provincia di Trento. Ora, io non penso che si possano fare discriminazioni, soprattutto fra le presenze negli esercizi alberghieri e le presenze negli alloggi privati. Forse coloro che vanno negli esercizi alberghieri pagano con lire che valgono meno di quelle che pagano le persone che soggiornano negli alloggi privati? Da tutti i vostri discorsi...

BENEDIKTER (S.V.P.): È la traduzione che non è fatta bene.

SEGNANA (D.C.): Poi, ad un certo momento, non si può neanche dire che i dati che snoo forniti dalla provincia di Trento sono dati gonfiati ed addomesticati. Signori, guardate che... (*interruzione*). No, l'ha detto il cons. Fioreschy. Ha detto che si meraviglia che i dati siano montati, ma guardate che nei dati non sono incluse quelle colonie di cui parlava prima il cons. Benedikter. Le colonie dei bambini non entrano fra i dati dei pernottamenti; eventualmente ci sono le case per ferie, ma le case per ferie sono attrezzature di carattere pararicettivo che, se non sono da mettere sul piano degli esercizi alberghieri, hanno indubbiamente anch'esse una loro importanza e danno ospitalità a gente che merita il più grande rispetto, come gli ospiti degli esercizi alberghieri. Poi non si può neanche sottovalutare la presenza, per esempio, nelle case di

cura. Come si fa a dire che la presenza nelle case di cura non è da ritenere ai fini del turismo? Signori, guardiamo quello che fa la Svizzera. Io ho letto anche recentemente in riviste di notevole importanza turistica degli articoli proprio sullo sviluppo delle attrezzature sanatoriali, che costituiscono indubbiamente anche esse — non solamente sanatori per la tubercolosi, ma anche altre case di cura —, un patrimonio che non può essere sottovalutato. Ora, signori, non mi dilungo ulteriormente ad accentuare quanto è già stato detto precedentemente dall'Assessore Corsini, circa la chiave di riparto. Ad ogni modo, signori, lì abbiamo una legge, una legge che molto chiara non è, e che dice: l'importanza turistica, il patrimonio alberghiero, il movimento dei forestieri. Meglio sarebbe che vi fosse una chiave molto più chiara, una chiave precisa, che tenesse presente il numero degli abitanti, ecc. Signori, quella è la legge. Ad un certo momento è impossibile poter adottare dei criteri diversi da quelli che sono stati adottati finora, anche perchè, come ho detto, siamo su un campo molto opinabile, siamo su un campo nel quale mettere da parte e pesare una cosa con l'altra, pesare le attrezzature turistiche, ricettive vere e proprie, quelle classiche degli alberghi, e mettere sull'altro piatto della bilancia anche tutta un'altra serie di fattori, è veramente una cosa difficile. Quindi io esprimo veramente il mio parere favorevole circa quanto esposto dall'Assessore competente e dico che, chiave migliore di quella che è stata adottata finora per questa materia, non poteva essere adottata.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Magnago.

MAGNAGO (Presidente G.P. Bolzano - S.V.P.): Ich ergreife nun zum zweiten Mal das Wort zu diesem Thema, nur, um einige Feststellungen zu machen. Ich werde sehr ruhig

sprechen, weil ich glaube, daß es nicht notwendig ist, daß wir uns aufregen. Das gilt für alle, natürlich auch für mich, der ich mich früher aufgeregt habe.

Der Präsident des Regionalausschusses hat mit etwas demagogischer Spitzfindigkeit gesagt: « Ja, liebe Leute, wenn ihr mit der Aufteilung zu 50 % nicht einverstanden seid, dann müssen wir den Aufteilungsschlüssel überhaupt zur Diskussion stellen ». Vielleicht hat der Präsident des Regionalausschusses im Augenblick übersehen, daß wir dieses Problem ja gar nicht aufgeworfen haben. Wir haben uns ja nicht darüber aufgeregt, daß dieser Aufteilungsschlüssel von 50 zu 50 besteht, sondern deswegen, weil wir in diesem Falle die Aufteilung 50 zu 50 als nicht gerecht empfinden. Diese Aufteilung 50 zu 50 ist die normale Aufteilung auf die beiden Provinzen, ist eine Praxis, die im Laufe der Jahre zu einer Art *modus vivendi* geworden ist. Hier aber besteht ein Gesetz, das einen genauen Aufteilungsschlüssel vorsieht: das hat mit dem *modus vivendi* auf anderen Gebieten gar nichts zu tun und ich bitte den Präsidenten des Regionalausschusses, nicht die Worte im Munde zu verdrehen (« *cambiare le carte in tavola* », wie man sagen könnte). Hier dreht es sich, wie gesagt, um ein bestimmtes Gesetz, das genaue Kriterien für die Aufteilung vorschreibt. Wenn der Assessor Mognoni sagt, daß wir auf dieses Thema nicht eingegangen sind, dann stelle ich fest, daß wir jetzt auf dieses Thema eingegangen sind, indem wir erklären, daß das eine mit dem anderen in diesem Falle nichts zu tun hat. Hier ist das Gesetz maßgebend.

Zum zweiten Punkt. Ich habe mich etwas erhitzt, weil man aus den Daten, so wie Assessor Corsini sie vorgelesen hat, einen ganz falschen Eindruck bekommen konnte. (Ich will natürlich nicht behaupten, daß er ihn erwecken

wollte.) Zuerst haben Sie, Herr Assessor Corsini, die Anzahl der Betten in den Hotels, Pensionen und Gasthäusern in der Provinz Bozen angegeben und dann die Anzahl der Betten in diesen Betrieben in der Provinz Trient. Dann sind Sie zu den Übernachtungen (*presenze*) gekommen, und haben bewiesen, daß in der Provinz Trient mehr Übernachtungen zu verzeichnen sind als in der Provinz Bozen. Das muß man, wenn nichts dazu gesagt wird — und das haben Sie unterlassen zu tun —, mit den Daten in Zusammenhang bringen, die Sie früher gebracht haben, d.h. mit der Anzahl der Betten in den Gastbetrieben. Sie hätten also sagen müssen: « Jetzt bringe ich die Anzahl der Übernachtungen; diese Übernachtungen beziehen sich aber nicht nur auf die Anzahl der Betten, von der ich vorhin gesprochen habe, sondern auf alles, inklusive die Kinderkolonien usw. ». Dann hätte man das verstanden. Infolge Ihrer Unterlassung konnte man somit den falschen Eindruck bekommen, daß Sie sich, wenn Sie von Übernachtungen sprechen, auf die Betten beziehen, von denen Sie früher gesprochen haben.

Aus diesem Grunde habe ich Sie unterbrochen, obwohl ich das Recht gehabt hätte — im Moment war es mir nicht bewußt —, noch ein zweites Mal zu sprechen. Von diesem Recht habe ich nun Gebrauch gemacht. Es ist ja besser, man unterbricht niemanden und ergreift selbst noch einmal das Wort, besonders wenn man noch ein Recht dazu hat. Und daß ich ein Recht zu sprechen hatte und meine Unterbrechung nicht als eine Rede gewertet wurde, bewies der Präsident schon dadurch, daß er mir das Wort noch ein zweites Mal erteilt hat.

(È per la seconda volta che prendo la parola su questo tema per fare soltanto qualche constatazione. Parlerò con molta calma, credendo non sia necessario che ci agitiemo. E ciò

vale per tutti, quindi pure per me stesso, essendomi pure io eccitato in precedenza.

Con un po' di sottigliezza demagogica il Presidente della Giunta regionale ha dichiarato: « Sì, brava gente, se non vi trovate d'accordo con la ripartizione del 50%, dovremo allora mettere in discussione addirittura la chiave stessa per il riparto ». Al momento il Presidente della Giunta non aveva forse tenuto conto del fatto, che non siamo stati noi a sollevare questo problema. Non siamo, cioè, stati noi ad agitarci per avere a che fare con una chiave di riparto per metà, ma soltanto per il fatto che in questo preciso caso la ripartizione al 50% non è da noi sentita come cosa equa e giusta. La ripartizione al 50% è quella normale per le due province e risponde ad una prassi divenuta nel corso degli anni una specie di *modus vivendi*. Nel caso in parola però, abbiamo a che fare con una legge che prevede l'applicazione di una ben determinata chiave di riparto, ciò che nulla ha a che fare con il *modus vivendi* applicato in altre materie e pregherei pertanto il Presidente della Giunta regionale a non voler cambiare le carte in tavola, come in simili casi si suol dire. Come ripeto, si tratta qui di una determinata legge, la quale prevede precisi criteri per la ripartizione dei fondi. Se l'Assessore Molignoni dice che non eravamo entrati nel merito di questo tema, devo in proposito constatare che l'abbiamo fatto or ora dichiarando che nel caso in oggetto una cosa non ha nulla a che fare con l'altra. Ciò che qui conta è la legge e null'altro.

Passiamo al secondo punto. Mi ero un po' scaldato in quanto dai dati letti dall'Assessore Corsini poteva nascere un'impressione del tutto sbagliata. Ciò dicendo non intendo naturalmente affermare che egli abbia intenzionalmente voluto arrivare a questo. Lei, signor Assessore Corsini, aveva in primo luogo citato il nu-

mero dei letti disponibili negli alberghi, nelle pensioni e nelle locande della provincia di Bolzano, citando poi il numero dei letti nei rispettivi esercizi alberghieri della provincia di Trento. Dopo, lei era passato alla citazione delle presenze sotto forma di pernottamenti, dimostrando in tal modo che in provincia di Trento si registra un numero maggiore di pernottamenti che non in quella di Bolzano. Se nulla in proposito viene precisato — e lei ha ommesso di farlo —, allora necessita porre i dati da lei prima citati in relazione con il numero dei letti negli esercizi. Lei avrebbe quindi dovuto dire; « Riporto ora il numero dei pernottamenti, il quale peraltro non si riferisce al numero dei letti di cui aveva parlato prima, ma si riferisce a tutto l'insieme, ivi compreso quindi le colonie per bambini ecc. ». Così sarebbe stato possibile capirla meglio. Avendo lei ommesso di fare questa precisazione, si doveva fatalmente avere l'impressione che lei, parlando di pernottamenti, intendeva riferirsi al numero dei letti, di cui aveva parlato prima.

Fu per questa ragione che mi ero permesso di interromperla, benchè ero in diritto di chiedere la parola per una seconda volta, ma non ne ero al momento cosciente. Di questo diritto mi sono avvalso or ora. Ammetto che è meglio non interrompere nessuno e prendere la parola per una seconda volta, soprattutto quando per farlo si ha il diritto. D'altronde il fatto che la mia interruzione non è stata considerata un intervento, lo ha confermato lo stesso Presidente nel concedermi la parola per una seconda volta.)

PRESIDENTE: La parola al consigliere Raffaelli.

RAFFAELLI (P.S.I.): Per una dichiarazione stringatissima, secondo l'invito fattomi dall'Assessore Molignoni, per dire a lui come

per dire all'Assessore Corsini che le loro dichiarazioni non dimostrano niente. Vorrei invitarli, da uomini di scuola e di storia quali sono, a ricordare soltanto quanti e quali di questi alibi ci sono nella storia nostra e altrui, recente e lontana, dei quali la storia ha sempre fatto piazza pulita, gli alibi cioè di coloro che dicevano e dicono o han detto: io c'ero sì, però non ero d'accordo.

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Giunta, dott. Dalvit.

DALVIT (Presidente G. R. - D.C.): Per quanto riguarda la mia cavillosità demagogica, rilevata dal Presidente Magnago, desidero dire che non avevo nessuna intenzione di fare della cavillosità demagogica, bensì ho fatto una domanda per quanto riguarda il metodo di amministrazione del bilancio regionale. Prendo atto del modo come si è risposto, che per me non ha prodotto elementi nuovi. Quindi la Giunta, che in questo caso ha chiesto al Consiglio, prende atto della risposta che è stata data dal Consiglio e non ha altro da aggiungere.

PRESIDENTE: Se nessuno chiede la parola sul capitolo, passiamo alla votazione, salvo dar la parola a chi chiede la parola per dichiarazione di voto. Il limite di tempo è di dieci minuti. La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Ich werde gegen dieses Kapitel stimmen, und zwar aus dem Grunde, weil die vom Assessor gegebenen Aufklärungen nicht zufriedenstellend sind. Ich stelle fest, daß die Daten, die er vorgebracht hat, an sich mit denen übereinstimmen, die ich hier habe. Ich gehe auch davon aus, daß als Fremde alle diejenigen zählen können, die die Aufenthaltssteuer zahlen. Hierin stimmen wir mit anderen Abgeordneten dieses Regionalparlaments überein. Alle diejenigen, die zahlen, sollen auch gezählt werden. Dann allerdings

möchte ich bitten, zur Kenntnis zu nehmen, daß nach diesen selben Statistiken die Aufenthaltssteuer im Jahre 1959 in der Provinz Bozen einen Ertrag von L. 114.378.000 ergibt, in der Provinz Trient von L. 68.047.000. Das dürfte immerhin ein klarer Anhaltspunkt sein.

Ich muß auch schon deswegen gegen das Kapitel stimmen, weil von seiten der Christlichdemokraten geäußert wurde — es hat wenigstens so geklungen — Südtirol hätte bis zum zweiten Weltkrieg gewissermassen den Rahm abgeschöpft und jetzt wäre es anders geworden, jetzt wären die Trentiner dran. Dazu möchte ich sagen, daß wir den Trentinern einen weiteren Aufschwung ihres Fremdenverkehrs wünschen; auch wenn sie uns in den touristischen Einrichtungen und im Fremdenverkehr überflügeln sollten, werden wir es ihnen nicht neiden. Hier aber geht es um die Aufteilung eines gemeinsamen Fonds auf die beiden Provinzen nach gewissen Kriterien, wobei unsere Parlamentarier entscheidend dabei mitgewirkt haben, daß die Aufteilung dieses Fonds der Region übertragen wurde. Wir vertreten hier lediglich den Standpunkt, daß diese Aufteilung genau nach den erwähnten Kriterien erfolgen soll und behaupten in diesem Zusammenhang, daß hinsichtlich des sogenannten gastgewerblich-touristischen Vermögens und hinsichtlich des Fremdenverkehrs die Provinz Bozen objektiv gesehen heute noch ein Plus aufweist, sofern man nur die Fremden berücksichtigt, die auch tatsächlich eine Aufenthaltssteuer zahlen.

(Voterò contro questo capitolo non apprendomi soddisfacenti gli schiarimenti dati dall'Assessore. Devo peraltro constatare che i dati da lui citati concordano in sé con quelli in mie mani. Parto pure io dal concetto che come forestieri vanno calcolati tutti coloro che pagano la tassa di soggiorno. Ed in questo ci troviamo d'accordo pure con altri consiglieri di

questo nostro Parlamento regionale. Tutti coloro quindi che pagano devono essere calcolati. Prego di prendere comunque atto in proposito che secondo le stesse statistiche del 1959 la tassa di soggiorno in provincia di Bolzano ha avuto un gettito di Lire 114.378.000, e nella provincia di Trento un gettito di Lire 68 milioni 47 mila. Mi pare che ciò costituisca quantunque un piccolo punto di riferimento.

Devo votare contro il capitolo in parola anche perchè da parte democristiana è stato detto — così perlomeno lo si poteva intendere — che fino alla seconda guerra mondiale sarebbe stato in qualche modo il Tirolo del Sud ad avere scremato il latte, cosa questa che ora sarebbe diversa e sarebbero i Trentini ad essere di turno. In proposito vorrei dire che auguriamo ai Trentini un'ulteriore ascesa del loro movimento turistico e che, anche se essi dovessero superarci in quanto alle loro attrezzature turistiche e al movimento dei forestieri, non saremo noi ad esserne invidiosi. Nel caso in parola si tratta però della ripartizione di un fondo comune secondo determinati criteri a favore delle due province e sono stati i nostri parlamentari a cooperare al riguardo in maniera decisiva, per far sì, che la ripartizione di tale fondo venisse trasferita alle facoltà della Regione. Noi qui sosteniamo semplicemente il punto di vista, che la ripartizione in parola debba essere fatta esattamente come previsto dai citati criteri. In proposito riaffermiamo che — obiettivamente visto — la provincia di Bolzano registra tuttora un plus per quanto riguarda il patrimonio turistico-alberghiero e il movimento dei forestieri, purchè si vorrà tener conto soltanto dei forestieri che pagano effettivamente la tassa di soggiorno.)

PRESIDENTE: Allora metto in votazione il cap. 39. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: approvato a maggioranza con

12 voti contrari e 4 astenuti.

Vi è l'ultimo capitolo che è rimasto in sospeso, il cap. 26.

Sospendo momentaneamente la seduta. Prego i capigruppo di venire presso di me per il calendario dei lavori del Consiglio, durante la pausa.

(ore 11,15).

Ore 11,40.

PRESIDENTE: La seduta riprende. Resta inteso che faremo una seduta anche lunedì mattina dalle 9 alle 13 per recuperare una giornata, in quanto martedì è festa, altrimenti perderemmo una delle giornate che erano a disposizione del Consiglio. Sentiti i capigruppo, la maggioranza era d'accordo, uno dei capigruppo non era d'accordo. Allora decido io.

Resta da discutere il capitolo 26, che era rimasto sospeso: « Assegnazione statale per la concessione di contributi e concorsi a sensi degli artt. 3, 4 e 5 della legge 25 luglio 1952, n. 991 e successive modificazioni (art. 6 legge regionale 8 febbraio 1956, n. 4) - Lire 320 milioni ».

Aveva chiesto la parola il cons. Vinante.

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.): Signori consiglieri, premetto che non riprenderò gli argomenti che sono stati sollevati nella discussione dell'emendamento presentato al cap. 32, che è stato respinto e che, se fosse stato accettato, avrebbe indubbiamente alleggerito il mio compito. Il risanamento delle malattie del bestiame, il turismo e la sistemazione dei bacini montani, sono strettamente legati alle considerazioni che io volevo portare su questo capitolo, in quanto rientrano nei provvedimenti che hanno una stretta colleganza allo sviluppo economico delle popolazioni montane. Il cap. 26, in sostanza, si riferisce allo stanziamento

mento relativo alla legge sulla montagna che è stata recepita dalla Regione. L'approvazione della legge 25 Luglio 1952, n. 991, per i provvedimenti in favore delle zone montane, è stata presentata come una tappa storica nella nostra legislazione, a favore delle popolazioni montane. Il relatore al Senato, Sen. Medici, ha affermato che il disegno di legge si ispira alla speranza di far sì che la montagna venga salvata nella sua economia familiare. Egli ha aggiunto: « la questione fondamentale resta quella di creare in montagna condizioni perchè possano sorgere attività diverse e complementari dell'attività forestale agricola. Vivendo soltanto di agricoltura in montagna si muore ». Questo ha detto il sen. Medici. Ha aggiunto ancora che la posizione della montagna italiana è analoga a quella di molta parte del mezzogiorno. Su questa legge io naturalmente non voglio fare una critica, in quanto non è nostra competenza, è una legge dello Stato, è stata recepita dalla Regione, però questo per dire che quando è stata approvata, si dava a questa legge una importanza notevolissima per risollevare le sorti delle popolazioni delle vallate alpine, che sono sempre state considerate le popolazioni più povere, le popolazioni che sopportano il peso della rinuncia al progresso. L'opposizione, in quella sede, ha presentato tutte le riserve, soprattutto per quanto riguarda la sua consistenza finanziaria, le disponibilità finanziarie. Naturalmente, senza alcuna considerazione, oggi si dimostra, — non oggi, ieri e l'altro ieri —, si dimostra che veramente le riserve sollevate dall'opposizione avevano una ragione d'essere, perchè quella legge è assolutamente insufficiente, perchè quella legge non risolve nel modo più assoluto i problemi relativi alle popolazioni montane. È stata accolta, quella legge, con molte speranze, che inizialmente hanno avuto una parziale soddisfazione. Non voglio negare che,

effettivamente, quella legge ha portato un certo incremento, un certo sviluppo, ma non certo nelle forme rosee con le quali è stata presentata all'opinione pubblica. Doveva promuovere delle iniziative di sviluppo economico in tutti i settori, ma soprattutto nel settore dell'agricoltura. Noi qui abbiamo lamentato l'insufficienza di questa legge, l'abbiamo lamentata da molti anni, e non solo noi dell'opposizione, perchè le nostre obiezioni, le nostre osservazioni, le nostre critiche, ben poco hanno avuto di considerazione, ma queste critiche sull'insufficienza di questa legge, e l'esortazione ed il richiamo a rivedere le posizioni, sono state sollevate anche dai banchi dell'allora maggioranza. Difatti l'Assessore Kapfinger, quando era Assessore nel 1959, aveva affermato l'insufficienza di queste disponibilità finanziarie. Ma non solo l'Assessore Kapfinger, anche il capogruppo della democrazia cristiana, oggi Presidente della Giunta provinciale, ha nel 1959, in un suo intervento, affermato criticamente l'insufficienza di questa legge ed ha aggiunto, — scusate se io lo ripeto con le sue parole, — che se non si trova il modo di risolvere questa situazione, diventa una burla per gli agricoltori.

NARDIN (P.C.I.): Parole sante, parole sante.

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.): La Giunta, ha soggiunto il Presidente Kessler, deve risolvere la situazione, o con contatti col Governo, o con provvedimenti presi direttamente dalla Giunta. Purtroppo, io credo che nulla abbia fatto la Giunta in questa direzione, cioè cercare di aumentare le disponibilità finanziarie. Perchè? Perchè gli stanziamenti sono quelli del 1958-59, anzi si è regredito, perchè nel 1958 noi avevamo a disposizione 678 milioni, nel 1961 ne abbiamo 400 milioni, compresi gli 80 milioni messi a disposizione da

parte della Regione. La legge sulla montagna, poi, ha ottenuto tutti gli osanna nelle varie manifestazioni annuali che si fanno in occasione della festa della montagna e sembra che ci sia la bacchetta magica per risolvere tutti i problemi, ma purtroppo le situazioni permangono sempre gravi. Io ho preso anche la parola su questa legge, oltre che per dire che bisogna tener fede maggiormente ai propri impegni, ai riconoscimenti di ingiustizia sociale nei confronti di quelle popolazioni, anche perchè io dovrò inserire in questa legge un argomento che, se affrontato e risolto, potrebbe forse trovare una posizione positiva. La legge della montagna è nata sul piano nazionale ed è stata accolta come una legge che doveva andare soprattutto a favore delle zone di alta montagna, dove esiste una economia di miseria, la economia più povera, più depressa che esista nella nostra Repubblica. E noi abbiamo una situazione di insofferenza, perchè abbiamo delle pratiche che risalgono a anni e anni, e non trovano la possibilità di una soluzione; si rimanda continuamente l'accoglimento di determinate richieste da parte degli agricoltori, da parte delle popolazioni della montagna. Queste notizie mi sono pervenute e non ho nessuna ragione di non crederle valide, perchè anche attualmente ci troviamo di fronte a delle richieste che aspettano da anni, e ci troviamo di fronte a degli impegni che l'assessorato ha preso per diversi anni, bloccando non solo le speranze passate, ma bloccando anche tutte le iniziative presenti, anche se sono iniziative di vasta portata. Io poi ho i miei dubbi, che anche l'applicazione pratica, l'attuazione della legge abbia subito dei contorcimenti, in quanto oggi, per poter godere di mutui riferiti all'art. 3 della legge 991, è necessario avere delle proprietà, se non erro, fino ai 10.000 mq., cosa che non ho trovato nè nella legge, nè nel regolamento.

Io vorrei sentirmi dire che sono in errore per quanto riguarda questa mia affermazione. Trovo delle limitazioni, e devo sollevare delle riserve, per quanto riguarda l'applicabilità nel campo del turismo, che è uno dei settori fondamentali per risolvere le situazioni delle popolazioni della montagna, che rappresentano il 60% della nostra provincia, signori consiglieri, e sui quali noi disattendiamo facilmente le nostre indicazioni. Queste riserve io le sollevo per la prima volta, perchè non ho potuto in questi tempi, in questo periodo, affrontarle con maggiore approfondimento e gradirei che il signor Assessore volesse chiarire queste mie perplessità. Molti sono i problemi che investono quelle popolazioni e che richiedono degli interventi da parte dell'Ente pubblico. Io mi soffermerò, per oggi, anche per non dilungarmi eccessivamente e per mantenermi nell'ambito dello stanziamento della legge sulla montagna, mi soffermerò su una delle attività di quelle popolazioni, sulla zootecnia, che qui dentro è stata toccata ieri e l'altro ieri, soprattutto relativamente a quell'emendamento che era stato presentato e che io avevo anche volentieri sottoscritto e che non è stato accettato. La zootecnia rappresenta l'ossatura, la spina dorsale dell'economia agricola montana, e purtroppo, a meno che non mi si voglia dimostrare il contrario, questa economia attraversa un periodo di seria e grave crisi. Si può dimostrarlo e lo dimostreranno coloro che hanno degli incarichi specifici nel settore dell'agricoltura. A meno che non mi si possa dire che è una mia fantasia l'esistenza di questa crisi, io devo sollevarla qua in questa sede, chiedendo alla Giunta, chiedendo all'Organo esecutivo di porre il dito sulla piaga, di intervenire con maggiore insistenza, con maggiori decisioni per salvare una situazione grave. Ed è urgente intervenire, perchè l'abbandono da parte degli operatori agricoli di

questa attività è continuo, è costante e difficilmente si potrà riprendere, quando questo avesse da arrivare in fondo alla china. Io ho assistito domenica ad una riunione di allevatori — non questa domenica, due domeniche fa — alla quale era presente anche l'Assessore provinciale, dott. Segnana, e ne ho tratto una netta considerazione, parlando soprattutto coi singoli allevatori: che noi ci avviciniamo a grandissimi passi verso l'abbandono di questa attività da parte delle popolazioni montane. Molte sono le cause, signori consiglieri, molte sono le ragioni per cui noi assistiamo al progredire e acuirsi di questa crisi. Una di queste è lo scarso reddito nel settore dell'agricoltura; il reddito che non è più corrispondente alle esigenze e non è più rapportato alle altre attività economiche esistenti nel nostro paese. Abbiamo poi una condizione che si aggrava, che è stata trattata, che è stata discussa: la propagazione, la diffusione delle malattie del bestiame; c'è poi l'ostilità quasi alle classi giovani di indirizzarsi verso questa attività. Bisogna quindi trovare una via di uscita per salvare il salvabile, e questa potrebbe essere, — noi l'abbiamo già indicata ed è su questo argomento che particolarmente voglio e devo soffermarmi, — la ricerca di un criterio di gestione diversa da quello che è il sistema di gestione attuale, il sistema di gestione sociale. Questa possibilità può esistere, può costituire un'ancora di salvezza, può indicare agli agricoltori della Regione, una via di uscita. Questa iniziativa non è la prima volta che viene portata qua dentro. È stata portata già alcuni anni fa, è stata riconosciuta valida, utile da tecnici e da competenti ed esponenti nel ramo, però non si è trovato il modo di risolverla, di affrontarla. Quali siano le ragioni non lo so e vorrei sentirmi dire eventualmente dai responsabili del settore, se esistono delle ragioni preclusive, di natura tecnica, per non

affrontare questo problema. Io ho sentito affermare da tecnici, da competenti della materia, che questa è una delle strade che noi possiamo percorrere per trovare una soluzione, per trovare una via d'uscita, e dello stesso parere sono anche gli esponenti dell'Università di Padova, interpellati appositamente su questo argomento. Il centro di economia montana dell'Università di Padova, retto dal prof. Baldoni e dal prof. Ferro, esaminato il problema sia in sede generale, sia specificamente al progetto presentato in Regione, si è espresso in maniera lusinghiera, in maniera decisamente positiva. E quel progetto, che è già stato presentato nel 1959 alla Regione, è oggi non solo in posizione di attesa, ma sembra che non si trovi neanche la possibilità di un finanziamento a breve termine. I professori che ho accennato prima, Baldoni e Ferro, si sono espressi in forma di compiacimento verso questa iniziativa che rappresenta quasi, vorrei dire, una iniziativa unica di questo tipo e di questo carattere. È necessario, essi affermano, affrontare questo problema, per ricavare dal risultato una esperienza, al fine di affrontare uno studio che verrà operato dai docenti della facoltà agraria, come elemento per nuove e ulteriori iniziative. La conclusione della relazione di questi nuovi esperti, di questi due professori universitari, è del seguente tenore: «Riteniamo che l'esperimento che andrete a compiere, uno dei primi e più organici fra quelli effettuati dalla zona alpina, potrà avere una importanza teorico-pratica nel quadro delle varie iniziative utili per lo sviluppo della montagna, e la sua rapida realizzazione potrà essere di guida a nuove organizzazioni che andranno a formarsi per risolvere in modo organico un problema di vastissimo interesse nell'attuale momento». È un tentativo per cercare di uscire da questa grave situazione, ma si tratta di una iniziativa seria, in quanto diversi operatori

agricoli hanno prestato la loro responsabilità, i loro capitali ed il rischio di questo esperimento che, se andrà bene, costituirà un esperimento che dovrà avere delle ripercussioni a carattere generale e quindi d'interesse per tutta la Regione, per tutta la collettività. Però, se questo ha le premesse-basi per una riuscita positiva, è giusto e necessario che si ponga termine alle remore e si dica e si abbia il coraggio di dire: « sì, riconosciamo valido questo tentativo, questa richiesta, e noi l'affrontiamo sul lato pratico » o abbiamo il coraggio di dire « no, non intendiamo sostenerlo, non intendiamo appoggiarlo ». Ho detto che si tratta di una iniziativa seria, anche perchè in essa sono investiti capitali che danno una maggiore garanzia per una riuscita positiva, e mi sembra strano questo modo di dilazionare, di tergiversare, quando esponenti di questo Consiglio, di loro iniziativa, hanno tentato di introdurre questo provvedimento in altra zona della provincia. Vi cito, per esempio, la località di Folgaria, dove però si richiedeva tutto lo sforzo a carico dell'Ente pubblico. In questo caso invece si chiede soltanto una partecipazione; rimane inoltre la partecipazione dei singoli, che hanno dedicato la loro attenzione a questa iniziativa, con responsabilità e con capitale proprio; quindi c'è maggiore possibilità di riuscita, di quando partecipa totalmente l'Ente pubblico. Io credo che si sarebbe dovuto portare a termine questo progetto presentato nel 1959, se si fosse affrontato seriamente, perchè gli iniziatori di quel progetto si sarebbero adeguati alla volontà dell'Assessorato e della Giunta. Non si tratta, signori consiglieri, di una iniziativa isolata, che possa soltanto avere ripercussione in quel determinato centro; è uno strumento, è un mezzo per uscire da una situazione veramente difficile, e penso che, con un bilancio di circa 10 miliardi all'anno potremmo distogliere una quindicina

di milioni per un tentativo, — scusate se mi ripeto — un tentativo che non ha soltanto la volontà di risolvere un problema locale, ma un problema a carattere generale. Io devo convincermi che veramente non c'è la volontà o non so quali possano essere le ragioni. Non vorrei che, anche in questo caso, si sollevassero delle riserve, perchè l'iniziativa non è partita dagli esponenti della D.C. Parliamoci chiaro, questo è il nostro timore, perchè noi abbiamo la convinzione che, se questa iniziativa fosse stata sollevata dagli esponenti del partito di maggioranza, avrebbe trovato una soluzione immediata e positiva. Se è un sospetto ingiustificato, cercate di dimostrare il contrario, ed io sarò ben felice di riconoscere le mie errate convinzioni. Ma quando noi ci troviamo di fronte ad una iniziativa, ad un progetto presentato due anni fa, e oggi ci troviamo di fronte a una lettera scritta dall'Assessore, il quale dice: « Desidero premettere che, pur prendendo atto che l'importo del progetto è stato ridotto, in modo da contenere i costi entro i limiti di sufficiente convenienza economica, le limitate disponibilità di fondi sulla legge della montagna, la legge 991, non consentono attualmente, finanziamento dell'opera », mi pare che ci sia un contrasto, almeno secondo le interpretazioni di un'altra lettera dello scorso anno, a firma dell'avv. Odorizzi, il quale ha detto: « Il progetto ha subito sostanziali modifiche e adattamenti, che hanno consentito di renderlo più aderente alle condizioni normali in cui si svolgono gli allevamenti delle nostre vallate montane, e pertanto ad accrescere il valore dimostrativo della iniziativa. L'iniziativa sarà incoraggiata con l'applicazione delle provvidenze relative alla legge sulla montagna ». Ora, signori consiglieri, c'è un impegno da parte dell'Assessore: « A seguito di quanto discusso nella recente riunione del 25 marzo, mi è gradito precisare il

mio pensiero in merito al problema in oggetto. Desidero premettere che, pur prendendo atto che l'importo del progetto è stato ridotto in modo da contenere i costi entro i limiti di sufficiente convenienza economica, le limitate disponibilità di fondi sulla legge 25.7.1952 non consentono attualmente il finanziamento dell'opera. Tuttavia, qualora siano eliminati gli inconvenienti rilevati dai tecnici nella recente riunione, in modo che la azienda sia costituita esclusivamente da soci aventi i requisiti voluti dalla legge, e sia dato a tutta l'azienda, e non solo alla stalla, un carattere collettivo e con una adeguata integrazione di terreni agrari nella misura minima di ettari 10, posso assicurarle che sarà mio dovere fare ogni sforzo per portare a una soluzione positiva il problema che trattasi ». Questa ultima parte che cosa voleva dire, signori? Che l'iniziativa, che era stata presentata da una ventina di soci, includeva qualche socio che non aveva proprietà terriere. E, scusate, si aspetta due anni a dire che la società non è costituita sulla base regolare? Si aspetta due anni per frapporre altri due anni di tempo, per poter studiare se c'è qualche altra possibilità di respingere? Eh! no, signori miei, se c'era questa incostituzionalità o illegittimità, dovevate dirlo nel 1959, quando l'iniziativa era stata presentata, non aspettare due anni. Ora, coloro che hanno prestato la loro attenzione verso questa soluzione sono disposti a tutto, perchè hanno fiducia in questa iniziativa, sono disposti a ridimensionare, accettano anche una riduzione; malgrado, ripeto, che i tecnici dell'Università di Padova abbiano approvato la validità sostanziale di quel progetto nella sua formazione integrale, essi accettano questa riduzione. E cosa volete di più? Più remissività di questa mi pare che non ci sia. Bisogna che in certo qual modo ci sia una corrispondenza, signori della Giunta, da parte degli esponenti,

perchè, credete, io ho assistito ad un incarico che l'avv. Odorizzi ha dato ancora l'anno scorso, verso i primi dell'anno scorso, a un funzionario perchè studi il problema, studio che non è mai arrivato a termine. Nessuna ragione è stata data e solo in seguito a un mio personale sollecito e degli interessati, è saltata fuori questa decisione; ma io penso che rientrava nei compiti dell'assessorato, rendere edotti i richiedenti se non rientravano nelle condizioni previste per un finanziamento. Guardate, signori miei, c'è ancora tempo da risolvere il problema, basta che ci sia un certo impegno. Se voi lo dilazionate ancora, credo che ognuno lo abbandonerà, e ritengo che questo abbandono costituirà un grave danno a tutta la collettività relativa all'attività zootecnica della provincia.

Signori consiglieri, voglio finire per non tediarevi oltre. Io mi sono ripromesso di inserire questa mia discussione relativa alla legge della montagna per le ragioni che ho detto e perchè su questa legge viene riferito eventualmente questo progetto. Però penso che la Giunta, l'Assessorato, nell'ipotesi che le disponibilità finanziarie della legge sulla montagna non siano sufficienti, dovrebbe fare una ricerca al di fuori della legge. Penso che potrebbe rientrare anche nell'art. 10 per quanto riguarda l'agricoltura, forse anche in quella sede, nessuno esclude la possibilità di intervenire. Comunque io pongo il problema come un problema di natura urgente. L'Assessore Salvadori si è sempre espresso in forma decisamente positiva e io spero che, quando discuterete il problema, ci sia una voce là dentro, insieme a quella dell'Assessore, che vi porti alla ricerca di questo capitale, che non è poi un capitale di eccessiva importanza, ma che ha viceversa una importanza fondamentale per il settore zootecnico. Mi riallaccio — e ho finito, signori consiglieri, —

ai risultati di quel convegno tenuto alla Camera di Commercio l'anno scorso, per iniziativa della Regione, al quale convegno hanno partecipato degli esponenti economici, dei professori di università, dei politici. Mi sono letto attentamente tutte quelle relazioni, relazioni interessantissime, soprattutto quella del prof. Perini dell'Università di Pisa, il quale ha posto il dito sulle grandi piaghe delle condizioni economiche delle popolazioni montane. Abbiamo sentito il sottosegretario di allora, Spagnoli, il quale ha manifestato l'urgente necessità di intervenire in favore della montagna, nella stessa forma che si interviene a favore del Mezzogiorno, perchè le condizioni di vita di quelle popolazioni sono da considerarsi sullo stesso piano. Oggi noi assistiamo all'incensamento del Piano Verde. Sembra che il Piano Verde porti alla soluzione dei problemi della campagna e quindi anche dei problemi della montagna. Speriamo che la Regione Trentino-Alto Adige, come in tante altre circostanze non sia esclusa, e guardate che non è una eresia che sto dicendo, perchè dei 9 miliardi della zootecnia, stanziati con la legge dello Stato, non una lira è arrivata nella regione Trentino-Alto Adige. Io, leggendo quelle relazioni, sono rimasto veramente soddisfatto, per le conclusioni tratte dai relatori: dal prof. Perini, come ho detto prima, al vicepresidente della Confindustria, al prof. Vinardi dell'Università di Roma. Tutti sono stati concordi nel dire: « Signori miei, è ora e tempo che consideriamo da un punto di vista realistico quali sono le condizioni delle popolazioni della montagna ». Ma è ora e tempo che noi interveniamo in questa direzione, in forme decise, in forme sostanziali, non compromesse, perchè la pazienza è la forza dei montanari, però non credo che essa sia inesauribile.

Questo è uno dei modi per intervenire a favore delle zone montane. Uno dei modi, per-

chè in quel congresso noi abbiamo visto sollevare molteplici iniziative e molteplici attività, abbiamo sentito l'esortazione di tutti i relatori, di tutti i partecipanti, nel senso di considerare veramente valida, veramente necessaria l'esigenza di intervenire a favore di quelle popolazioni. Ebbene, io voglio sperare che i congressi non si facciano soltanto per ritrovarsi a parlare, a discutere, a conoscersi, ma che debbano anche avere un valore pratico sul terreno pratico, per indicare la strada per uscire da certe situazioni. Quella strada è stata indicata in quel congresso, ed io vorrei che la Giunta prendesse nota, prendesse atto di quelle risoluzioni, di quelle proposte e cercasse di portarle a termine. Desidero infine conoscere il pensiero della Giunta sulla importanza regionale del settore della zootecnia e quale importanza annette all'iniziativa che è stata presentata che darà la possibilità di uscire da una crisi che si sta sempre più aggravando. Io aspetto una risposta ed ho fiducia che questa sia positiva. Diteci con franchezza se siete nell'intenzione di intervenire in questa direzione, altrimenti diteci con altrettanta franchezza: « non abbiamo intenzione di farlo ».

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Pruner.

PRUNER (Assessore economia montana e foreste - P.P.T.T.): Al consigliere Vinante, i cui problemi e temi trattati sono estremamente interessanti, e come tali giudicati da me e dalla Giunta, mi riserverei di rispondere in maniera più esauriente nella trattazione dell'analogo capitolo in sede di uscite. Penso che due parole le posso dire, per significare solo che il tono polemico usato dal cons. Vinante è anche in parte giustificato.

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.): Non polemico!

CANESTRINI (P.C.I.): Appassionato!

PRUNER (Assessore economia montana e foreste - P.P.T.T.): È senz'altro anche giustificato, non il polemico, ma il timbro entusiasta, per quanto riguarda questo settore che è di capitale importanza per l'economia della montagna.

Su una parte, appunto nel campo zootecnico, riferita ad una particolare specifica iniziativa, non credo che sia giusto dire che abbia incontrato delle remore, artatamente combinate, nè da parte di questa Giunta, nè da parte di governi regionali precedenti, in quanto, se qualche cosa c'era, era giustificato, come ho potuto dimostrare da quella lettera, appunto da non legittime posizioni che la società stessa poteva dimostrare per essere in regola con quanto era richiesto dalla legge e dal regolamento della legge stessa. Voglio riferirmi alla composizione giuridica della società, ed inoltre anche ai fini non completamente sociali che la società stessa intendeva perseguire. Di sociale, mi pare, c'era la stalla, non l'azienda, tanto per entrare nei particolari, e abbiamo consigliato in quella certa riunione che di sociale doveva essere sia l'uno che l'altra parte che costituivano l'iniziativa nel suo complesso, nel suo completo. Perciò non voglio soffermarmi ulteriormente su questo argomento e voglio solo chiosare, con l'affermazione che è mia, che era di Kapfinger, che era del capogruppo della D.C., che i fondi erano e sono sempre limitatissimi e non hanno dato la possibilità di prendere in esame e di venire incontro ad iniziative che esulano da quelle che di anno in anno vengono fissate per categorie dai rappresentanti delle categorie economiche, con i rappresentanti dell'Assessorato o dell'Ispettorato. Non è la difficoltà di principio che si opponga all'iniziativa, ma sono difficoltà di ordine finanziario,

che hanno determinata una certa remora, un certo ritardo. Ma pregiudizi, me lo creda, non esistettero, non esistono e non esisteranno. Comunque, per quanto riguarda ancora la grande deficienza di fondi per questa legge che dovrebbe essere, come ha definito lei, una tappa storica nell'economia, specie della montagna, pensiamo, non credo a torto, che la elaborazione del nuovo piano di rifinanziamento delle leggi esistenti, fra le quali la legge della montagna, che è stata approvata alla Camera e non ancora al Senato, dia linfa anche a questa legge per portare i fondi necessari a livelli superiori di quelli che avevamo nel passato, per quanto i capitali messi a disposizione e spesi sulla legge stessa non siano poi una bazzecola. Quest'anno, anzichè 400, ne abbiamo 480, perchè dobbiamo aggiungere gli 80 milioni per la zootecnia; l'anno scorso altrettanto: 480 milioni; nel 1959, 354; quasi 700 nel 1958. Sono cifre dunque sempre insufficienti, largamente insufficienti, ma sempre abbastanza consistenti. Tuttavia auspico e mi riprometto di ritornare sull'argomento, in una delle prossime sedute, ed auspico che il rifinanziamento della 991 attraverso il cosiddetto « Piano Verde » ci dia una mano abbastanza solida per far fronte a una difficoltosa situazione economica in montagna, la cui soluzione è affidata in gran parte a questa legge di cui discutiamo.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Pedrini.

PEDRINI (D.C.): Vorrei solo smentire un'affermazione che ha fatto il cons. Vinante, e precisamente l'affermazione nella quale egli dice che l'Assessorato agricoltura e foreste, particolarmente il settore dell'economia montana e foreste, ha impegnato per diversi anni i fondi. Intendo smentirlo nel modo più assoluto

Non è stato preso un impegno, non dico per diversi anni, ma neanche per una lira. Dice il collega Vinante che niente è stato fatto per il turismo in Val di Fiemme, lasciamo a parte...

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.): Non ho toccato il turismo, rimanete su quello che ho detto. Ho detto le zone montane, non ho detto Val di Fiemme.

PEDRINI (D.C.): Adesso, siccome lei è paladino, difensore! Comunque ripeto questo. Nel turismo, oltre agli interventi fondamentali della Regione, della Provincia, vedi strade, lavori pubblici, che hanno cambiato faccia ai nostri paesi, che hanno creato le premesse fondamentali e più impegnative per il turismo, per quello che riguarda la legge della montagna, tutte le pratiche che son state presentate all'Assessorato all'agricoltura e foreste e che riguardavano i mutui, perchè può intervenire soltanto con mutui, sono state fino all'anno scorso soddisfatte. Non ce n'era una omessa o tenuta in sospeso. Bene dice Medici, — e Medici è un'autorità nel campo dell'economia, — quando dice che in montagna con l'agricoltura si muore. È vero. In montagna si vive con l'agricoltura sì, ma con il turismo, con l'artigianato, e anche modestamente con i boschi. Ora, circa l'artigianato, tutte le pratiche appoggiate sulla legge della montagna con mutui, fino all'anno scorso, sono state soddisfatte. Anche questi sono dati precisi, che non temono smentita. Adesso si sono accumulate delle altre pratiche che noi ci auguriamo, e siamo certi, che nel Piano Verde verranno soddisfatte.

Poi dice: la Giunta regionale ha fatto poco o non ha fatto nulla, in campo nazionale, per ottenere congrue assegnazioni. Ora, c'è un criterio di ripartizione, il Governo nazionale che deve seguire, non può avere una simpatia par-

ticolare per una zona o per l'altra, ci sono delle chiavi di riparto che vengono seguite esattamente per tutta Italia. Questa chiave di riparto, io le assicuro, — se vuole un assessore competente potrà interessarsi al Ministero, — è stata rispettata anche per la nostra regione e vorrei dire che abbiamo avuto qualche vantaggio in più. E non solo la Giunta passata si è interessata ed è stata costantemente presente presso gli organi nella ripartizione dei fondi, ma anche il nuovo Assessore si è interessato presso il Ministero, in modo che in questa ripartizione sia tenuta nella considerazione giusta, come si era tenuta in passato, la nostra Regione.

Poi lei lamenta difficoltà che si son create per questa benedetta stalla sociale. Guardi, lei cita il nostro Perini, — dico nostro perchè è di Lavis, è anzi membro del Consiglio provinciale dell'agricoltura; noi siamo certi che darà un contributo notevolissimo in quel consiglio provinciale dell'agricoltura sul quale noi tutti speriamo e contiamo molto, — il quale, in quella relazione che abbiamo sentita e che lei l'anno scorso ci ha riletta, dice: « Guardate che là dove si interviene armonicamente nei quattro settori che elenchiamo, non solo non si è creato uno spopolamento della montagna, ma si è creato un aumento della popolazione della montagna, oltre che un aumento del tenore di quelle popolazioni ». E il cons. Vinante, cita proprio la Val di Fiemme, la Val di Fassa dove, dice, non solo si è notato un notevole miglioramento delle popolazioni, ma si è notato un aumento del numero. Ora certo che ci son problemi grossissimi, come quello del risanamento zootecnico, al quale la Val di Fiemme e la Val di Fassa, l'anno scorso, sono state particolarmente interessate. Io non ho i conti esatti, perchè gli Assessori competenti potranno fare oggi il riassunto di quello che effettiva-

mente si è speso, ma lei ricorda però una lettera che le ho mandato, in cui si preventivava un intervento nella sola Val di Fiemme e Fassa per 60 milioni, milioni che sono stati certissimamente superati. Se noi non siamo stati, in un primo tempo, entusiasti di questa iniziativa della stalla sociale, è perchè il sottoscritto è abituato un po' a giocare sui numeri, sulle esperienze fatte. Ebbene, lei ha citato altre volte l'esperienza di Belluno ed io le risposi anche in questo senso. Proprio l'Ispettore generale del Corpo forestale, che aveva preso questa iniziativa con un entusiasmo pari al suo, e che era proprio cadorino, l'Ispettore generale dott. Doriguzzi, al quale mi ero rivolto per avere un parere, mi diceva: « Io sono contrario a iniziative imposte con criteri così costosi, come avrei impostato io erroneamente, perciò badate di fare tesoro di queste risultanze, di questi esperimenti negativi ». Lei riporta probabilmente frasi di questi professori di università, per i quali io ho una grande ammirazione, ma purtroppo quando si deve giocare sulle lire, non si può giocare nel vago per affrontare lo studio di queste cose. In poche parole, l'esperienza fatta nel Cadore, a detta del direttore, del responsabile di questa iniziativa che la segue con animo trepidante, è stata un'esperienza negativa, in quella impostazione, ed ecco perchè ancora allora si è detto: rivedete i progetti, riduceteli, perchè altrimenti non ne usciamo. Circa il Piano Verde, la discussione sarà lunga e penso il Consiglio regionale potrà discutere anche domani, quando ci sarà una variazione di bilancio per investire, per poter assorbire questi fondi. Ma non è vero che il Piano Verde porti alla soluzione dei problemi della montagna. Ci vuole altro. Il problema della montagna c'è, ci sarà fra dieci anni, ci sarà fra cento anni, perchè il problema della vita è quotidiano. Non si risolve niente nella

vita, si migliora, si progredisce, ma risoluzioni non ce ne sono, perchè, come giustamente è stato detto da persona ben più qualificata del sottoscritto, la vita ha più fantasia di noi. È un passo, un progresso, ma comunque, non è da pensare, assolutamente, che il Piano Verde, come lei dice, porti alla soluzione dei problemi della montagna. Comunque, quello che desideravo dire è questo: che il sottoscritto, per un incarico provvisorio e indiretto che aveva allora, — e non mi risulta che qualche altro abbia preso impegni, — non ha in modo assoluto presi impegni per i prossimi esercizi per diversi anni sui fondi dell'Assessorato nel reparto legge della montagna.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Vinante.

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.): Brevemente, signor Presidente, stia tranquillo. Io prendo atto delle dichiarazioni fatte dall'Assessore, il quale mi risponderà esaurientemente in sede di discussione del capitolo d'uscita. Io mi auguro che le sue risposte siano positive. Il signor Assessore Pedrini m'ha detto che la legge della montagna ha un criterio di ripartizione; penso ci sia questo criterio di ripartizione, io l'ho cercato sulla legge e non l'ho trovato, ma un criterio ci deve essere. Io vorrei chiedere proprio a lei qual è questo criterio; lei dovrebbe essere particolarmente informato, perchè mi sembra strano che tutti gli anni si vada regredendo quando le esigenze aumentano. Forse lei mi spiegherà un po' questo criterio che c'è nella ripartizione, e io sarò ben contento di rendermi soddisfatto se lei mi convincerà. Io però noto che nel 1958 avevamo 550 milioni, e oggi ne abbiamo 320; non so se il criterio sia dovuto alle esigenze. Prendo atto con soddisfazione delle sue dichiarazioni, signor Assessore, che tutte le pratiche sono eva-

se, che non ci sono pratiche in sospeso, per quanto riguarda fino all'anno scorso. Per quanto riguarda l'impegno del futuro, guardi, non è stata una mia invenzione; penso di essere autorizzato a dirlo qua dentro, se quei dati che mi sono stati dati corrispondono alla verità. Oggi non lo faccio perchè non ho nessuna autorizzazione, ma io non ho inventato, signor Assessore Pedrini, e quindi quando si tratterà nuovamente l'argomento io prenderò nuovamente la parola. Per quanto riguarda il mio intervento, volevo precisare questo: io non l'ho fatto limitatamente alla Val di Fiemme, perchè io ho parlato di valli, di zone montane. Se lei Assessore Pedrini potrà parlare della risoluzione dei problemi delle zone montane, come lei ha parlato adesso, per tutta la provincia, per tutta la regione, io sono felice. In quanto poi al Piano Verde, — e ho finito, — io ho sentito ieri parlare alla riunione dei coltivatori diretti da Bonomi, da Rumor, da Moro, sul Piano Verde, ma creda, avevano una idea totalmente diversa dalla sua, signor Assessore Pedrini. Ne hanno parlato in una forma entusiasta, io l'ho seguito, ho letto i giornali, e quindi resto stupefatto di vedere questa diversità di convinzioni fra gli esponenti nazionali ed i nostri esponenti...

RAFFAELLI (P.S.I.): È anticonformista l'Assessore Pedrini, e noi lo ammiriamo per questo! Ha ragione, è sincero.

PEDRINI (D.C.): La ripartizione sui fondi della legge della montagna è fatta in base alla superficie dei territori montani, perchè non tutti i comuni sono montani, e in base alla popolazione. Non è vero che in sede nazionale si magnifichi il Piano Verde e si dica che con esso il problema della montagna viene risolto, perchè io le riporterò proprio gli interventi fatti da Rumor, il quale dice: Guardate che è

un qualche cosa che facciamo; tanto è vero che c'è questa famosa conferenza nazionale della montagna che dovrà impostare più a fondo il problema. Se fosse come lei dice non si farebbe il congresso nazionale della montagna... congresso nazionale dell'agricoltura, meglio.

PRESIDENTE: La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Hier handelt es sich um ein Kapitel, bei dem infolge der Rezeption eines Staatsgesetzes ein gewisser Betrag vom Staat vereinnahmt wird, der in einem sogenannten Spezialgesetz des Staates zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes vorgesehen war: es ist das erste und allerdings auch einzige Mal, daß diese Methode der Übernahme eines Staatsgesetzes und des entsprechenden Anteils aus dem Posten des Staatshaushaltes praktiziert worden ist. Ich hatte jüngst Gelegenheit, wegen der Rezeption des Landarbeiter-Wohnbauhilfsgesetzes durch die Provinz mit Funktionären des Ministerratspräsidiums zu sprechen, und zwar im Zusammenhang mit der Rückverweisung des betreffenden Landesgesetzes in der Frage der Übernahme der Haushaltsmittel aus dem Staatshaushalt in den Haushalt der Provinz. Wir wollten dabei das Schema verwenden, das beim Regionalgesetz zur Rezeption des Berggesetzes angewendet worden ist. Dazu ist bemerkt worden, daß man mit diesem Schema erstens eine schlechte Erfahrung gemacht hätte, und zweitens, daß es in Zukunft nicht mehr anwendbar sei. Das Schema der Rezeption eines Staatsgesetzes mit gleichzeitiger Übernahme der entsprechenden Haushaltsquote in den Regionalhaushalt ist also angeblich nicht mehr anwendbar. Es gäbe unter anderem Urteile des Verfassungsgerichtshofes, in denen ganz allgemein festgestellt wird, daß der Staat ohne weiteres

allgemeine Gesetze zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts auf allen möglichen Sachgebieten, also auch auf dem Sachgebiet der Landwirtschaft, erlassen und die entsprechenden Gelder selbst ausgeben könne, auch im Territorium der autonomen Regionen. Ich möchte nun an den Präsidenten des Regionalausschusses sowie an die zuständigen Assessori für Land-, Forst- und Bergwirtschaft eine Frage richten. Die Sachgebiete, die durch den sogenannten Grünen Plan geregelt sind, fallen alle ausnahmslos in die Zuständigkeit der Region oder, zum kleineren Teil — was die Zusammenlegung von landwirtschaftlichen Grundstücken und den Wohnbau für die Bauern betrifft —, in die der Provinzen. Es gibt kein Sachgebiet, das nicht in die Zuständigkeit der Region oder der Provinzen fallen würde. Es geht dabei um das sogenannte Bonifizierungsgesetz, das Berggesetz, das sogenannte Fanfani-Gesetz Nr. 349, den Agrar-Kredit, die Begünstigung der Bildung kleinbäuerlichen Besitzes. Außerdem hat die Region nun endgültig die Landwirtschafts- und Forstämter übernommen, und zwar nicht nur die Ämter als solche, sondern auch das Personal: alle Beamte sind Regionalbeamte. Meine Frage geht dahin, wie sich der Regionalausschuß die Inanspruchnahme seiner Zuständigkeit für das Staatsgesetz, das unter dem Namen Grüner Plan bekannt ist, vorstellt, welche Schritte er diesbezüglich bereits unternommen hat und ob er die konkrete Absicht hat, die Kompetenzen hinsichtlich des Grünen Planes zu übernehmen, sowohl in legislativer, administrativer wie selbstverständlich auch in finanzieller Hinsicht. Dabei möchte ich noch vorwegnehmen, daß ich auf Grund meiner Beteiligung an verschiedenen Diskussionen zur Überzeugung gelangt bin, daß eine Übernahme dieser Kompetenzen und besonders die Übernahme der ent-

sprechenden Mittel — bei wirklicher Respektierung der Gesetzgebungs- und Verwaltungsautonomie von Region und Provinzen — in Zukunft nur dadurch möglich sein wird, daß der perzentuelle Anteil der Region an den Einnahmen des Artikels 60 erhöht wird. Die Beteiligung der Region an diesem Grünen Plan und an den entsprechenden Mitteln, die ja rund 800 Milliarden Lire ausmachen, wird also wohl nur über eine entsprechende Erhöhung der Prozentsätze des Artikels 60 möglich sein.

(Si tratta qui di un capitolo, per il quale in seguito alla recezione di una legge nazionale una determinata somma viene introitata da parte dello Stato, — somma prevista in base ad una cosiddetta legge speciale dello Stato per l'incremento economico e sociale. È questa la prima e peraltro pure l'unica volta che tale metodo della recezione di una legge nazionale con il passaggio della relativa quota parte dello stanziamento sia stato praticato. Ho avuto recentemente l'occasione di intrattenermi con funzionari della Presidenza del Consiglio dei ministri a proposito della recezione della legge sull'incremento dell'edilizia popolare per i lavoratori agricoli da parte della Provincia, e ciò in relazione con il rinvio della rispettiva legge provinciale riguardante il passaggio dei fondi di bilancio dello Stato al bilancio della Provincia stessa. Al riguardo intendiamo ora servirci dello schema applicato per la legge regionale di recezione della legge sulla montagna. In merito è stato osservato che con tale schema si era innanzitutto fatta una cattiva esperienza e, secondariamente, che esso non sarebbe più oltre applicabile. Lo schema della recezione di una legge nazionale, con il contemporaneo passaggio della relativa quota di stanziamento al bilancio della Regione, non dovrebbe essere quindi più applicabile. Tra le altre cose ci sarebbero delle sentenze della Corte Costi-

tuzionale, in cui sarebbe contenuta l'affermazione del tutto generica, secondo la quale lo Stato potrebbe senz'altro emanare leggi generali per l'incremento economico sociale in tutte le materie immaginabili e quindi anche in quella dell'agricoltura, con la facoltà, di spendere direttamente i relativi fondi, — pure nell'ambito territoriale di Regioni autonome. Vorrei perciò rivolgere una domanda al Presidente della Giunta regionale e agli Assessori competenti per l'agricoltura e le foreste e per l'economia montana. Le materie disciplinate attraverso il cosiddetto Piano Verde ricadono tutte esclusivamente nella competenza della Regione e per una parte minore — per quanto riguarda la commassazione di appezzamenti di terra e l'edilizia rurale —, in quella delle province. Non vi è alcuna materia che non ricadesse nella competenza della Regione o delle Province. Si tratta al riguardo della cosiddetta legge sulle bonifiche, della legge sulla montagna, della legge Fanfani n. 349, del credito agrario, nonché dell'incremento della piccola proprietà contadina. La Regione, inoltre, ha ora assunto in proprio definitivamente gli Ispettorati agrari e forestali e di questi non soltanto gli uffici come tali, ma pure il personale, tutti impiegati della Regione. La mia domanda mira a sapere, in che modo la Giunta regionale intenda avvalersi della competenza regionale a proposito della legge nazionale recante il nome di Piano Verde; quali passi la Giunta ha al riguardo già compiuti e se ha concretamente l'intenzione di assumere le competenze concernenti il Piano Verde nei suoi aspetti legislativi, amministrativi e, naturalmente, pure finanziari. Premetto che in seguito alle differenti discussioni cui ho partecipato mi sono reso convinto che l'assunzione delle citate competenze, ed in particolar modo il trasferimento a noi dei rispettivi fondi, sarà nel futuro — ove si intenda realmente rispet-

tare l'autonomia legislativa ed amministrativa della Regione e delle Province — soltanto possibile se la percentuale della quota parte della Regione riguardante le entrate dell'art. 60 verrà adeguatamente aumentata. La partecipazione della Regione al predetto Piano Verde ed ai fondi dallo stesso previsti aggirantesi sugli 800 miliardi di Lire sarà quindi, come già detto, possibile solamente nel caso di un rispondente aumento delle percentuali di cui all'art. 60.)

PRESIDENTE: La parola all'Assessore competente dott. Pruner.

PRUNER (Assessore economia montana e foreste - P.P.T.T.): Io posso rispondere all'Assessore Benedikter che il Piano Verde è in fase di elaborazione; abbiamo intravisto nei disegni di legge che la parte spettante per i territori montani della regione Trentino-Alto Adige, è salvaguardata ed è espressamente detto che per le regioni autonome è riservata la quota a seconda della chiave di riparto che spetta a tutto il territorio nazionale. L'amministrazione dei fondi verrà poi studiata e la competenza circa le varie leggi, cioè la 991, la 949 e 215, verrà difesa da parte della Regione. Ad ogni buon conto è prematuro poter stabilire la rivendicazione delle competenze nell'amministrazione di detti fondi, in quanto i fondi stessi non sono ancora nè ripartiti nè ammanniti, nè codificati da una legge.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Bevor ich mir erlaube, zu diesem Kapitel Stellung zu nehmen, möchte ich zunächst nur eine Frage stellen, und zwar, ob dieser Betrag von 320 Millionen Gegenstand eines Sonderabkommens zwischen der Zentralregierung und der Region ist, oder

ob er aus dem allgemeinen Abkommen, welches zu einem bestimmten Zeitpunkt getroffen wird, herrührt. Ich möchte bitten, diese Klärung zu geben, weil sie für eine Intervention zu diesem Kapitel von verhältnismäßig großer Bedeutung ist.

(Prima di permettermi a intervenire su questo capitolo, vorrei per intanto porre una domanda. Vorrei cioè sapere, se l'importo di 320 milioni è oggetto di un accordo speciale tra il Governo centrale e la Regione, oppure, se lo stesso va riferito all'accordo generale stipulato in un determinato periodo di tempo. Desidero pertanto avere i necessari schiarimenti, i quali per svolgere un intervento su questo capitolo sono di una certa grande importanza.)

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Pruner.

PRUNER (Assessore economia montana e foreste - P.P.T.T.): Sono i fondi che ogni anno vengono riservati alla Regione, in base alle entrate — che nei territori montani della regione vanno allo Stato — sull'I.G.E. del legname, che nella regione viene fatturato quale legname non lavorato, quale legname grezzo. È una ripartizione che, grosso modo, corrisponde alla nostra quota parte di I.G.E. Considerando anche, oltre i 320 milioni, i 300 milioni di mutuo che spettano e che passano ogni anno all'amministrazione regionale per far fronte agli impegni di mutuo sulla legge della montagna. Io ho fatto i calcoli grosso modo, che corrispondono ai 320 milioni più i 300 effettivamente spettanteci della nostra quota.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Vinante.

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.): Solo perchè mi pare che ci siano dei contrasti.

PRESIDENTE: Scusi, non le posso dare la parola, ha già parlato due volte. Solo per dichiarazione di voto.

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.): Per dichiarazione di voto. L'Assessore Pedrini prima, rispondendo ad una mia precisa richiesta ha detto: l'assegnazione di 320 milioni...

PRESIDENTE: Scusi, cons. Vinante, domando scusa. Non siamo ancora in sede di dichiarazione di voto, quindi deve aspettare, perchè può darsi che qualcuno prenda la parola ancora in argomento.

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.): Guardi che è strana la sua rigidità. Quando a lei piace, in certi casi, la lascia passare!

PRESIDENTE: No, no!

CONSIGLIERI: No, non è vero!

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.): Ma sì che è vero!

PRESIDENTE: Guardi, si è adattato anche il cons. Benedikter a questo! (*rumori*).

Prego, la parola al cons. Raffaelli.

RAFFAELLI (P.S.I.): Evidentemente il collega Vinante riveste due diverse personalità: una quando è membro dell'Ufficio di presidenza e una quando diventa consigliere, perchè allora diventa un leone e... È una giustificazione non richiesta, me la son permessa così, a titolo scherzoso. Il cons. Vinante, — mi permetto di dirlo io, dato che posso, — voleva chiedere un chiarimento fra quello che ha detto l'Assessore provinciale Pedrini circa la chiave di ripartizione, che sarebbe quella della superficie del territorio montano e della popolazione,

e quello apparentemente in contrasto, detto dall'Assessore Pruner, che riferisce la chiave di ripartizione al gettito dell'I.G.E. sul legname dei territori montani stessi. Mi pare che la domanda che voleva formulare era questa, la formulo io. Per dichiarazione di voto, dato che ho la parola, dico subito...

PRESIDENTE: No, non può far dichiarazioni di voto adesso. Può parlare un'altra volta, perchè il cons. Brugger, mi pare, voleva parlare ancora.

La parola al cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Selbstverständlich müssen wir alle zugeben, daß das von der Region rezipierte Berggesetz ein sehr gutes Gesetz ist. Es hat nur einen wesentlichen Fehler: es sind eine Menge sehr guter Maßnahmen zugunsten der bergbäuerlichen Bevölkerung verschiedener Kategorien sowie auch für den Fremdenverkehr vorgesehen, jedoch wurde zur Befriedigung dieser dringenden Bedürfnisse schon von Anfang an viel zu wenig Geld ausgeworfen. Es wäre wohl günstiger gewesen, wenn das Gesetz weniger Maßnahmen vorgesehen, diese aber voll unterstützt hätte; auf diese Weise werden wir auch mit den besten Gesetzen große Unzufriedenheit in der Bevölkerung hervorrufen.

Ein größerer Vorteil noch als der im Gesetz vorgesehene Geldbetrag ist die darin verfügte Streichung verschiedener Ausgaben der Bergbauernbetriebe. In dieser Verminderung der Ausgaben sehe ich einen größeren Vorteil als in den zugewiesenen Geldbeträgen für konstruktive Maßnahmen. Zur gleichen Zeit, als dieses Gesetz verabschiedet wurde, ist aber andererseits für die Bergbauern wieder ein Pferdefuß gekommen, und zwar wurde verfügt, daß die Umsatzsteuer (I.G.E.) auf Holz nicht mehr vom Kaufmann, sondern vom Bauern

selbst zu tragen ist. Auf diese Weise ist der Vorteil, den man dem Bergbauern durch die in diesem Gesetz vorgesehenen Geldmittel gegeben hat, mit der anderen Hand wiederum genommen worden. Aus der Darlegung des zuständigen Assessors für Bergwirtschaft geht hervor, daß wir einen perzentuellen Anteil der Einkünfte aus der Umsatzsteuer für Holz zur Deckung der Bedürfnisse auf Grund dieses Gesetzes überwiesen bekommen. Tatsache ist aber, daß wir, wenn wir die Waldungen für die Zwecke der I.G.E. und auch in anderer Hinsicht (insbesondere was die Erbgänge betrifft) so hoch schätzen, als Endergebnis dieses Gesetzes nur einen relativen Vorteil erblicken können.

Noch eine andere Maßnahme (auf regionaler Ebene) hat sich als sehr dringend erwiesen: die Einbeziehung weiterer Katastralgemeinden in den Rahmen der Vergünstigungen des Berggesetzes. Hier hat die Rezeption gewisse Schwierigkeiten bereitet, da das Staatsgesetz inzwischen neuerlich abgeändert wurde. Deswegen besteht Unklarheit darüber, wer nun für die Einbeziehung dieser Berggemeinden, die noch nicht im Genuß der Vergünstigungen des Berggesetzes stehen, eigentlich zuständig ist. Soviel steht jedenfalls fest, daß zu der Zeit, als unsere Gruppe noch einen Assessor im Regionalausschuß hatte, dieser nicht nur einen, sondern, wenn ich nicht irre, sogar zwei Entwürfe zur Behebung dieser Unklarheit eingebracht hat, daß aber eine diesbezügliche Maßnahme vom Regionalausschuß bis auf den heutigen Tag noch nicht getroffen wurde und deswegen hinsichtlich verschiedener Katastralgemeinden besonders der Provinz Bozen noch große Unklarheit besteht, die große Ungerechtigkeiten zur Folge hat, weil niemand für die Frage der Einbeziehung dieser Gemeinden zuständig sein will. Es wäre daher dringend notwendig, durch entsprechende Maßnahmen

des Regionalausschusses oder des Regionalrates in dieser Sache ehebaldigst Klarheit zu schaffen. Ich kenne einen Streitfall, der schon seit zweieinhalb Jahren andauert. Er betrifft die Bergfraktionen der Gemeinde Brixen. Ich glaube, daß man den Fall raschestens klären müßte.

Es ist außerdem bei diesem Gesetze — wie meistens, wenn wenig Geld vorhanden ist — zu guter Letzt eher ein Nachteil für den Bauern zu verzeichnen.

(Dobbiamo senz'altro ammettere noi tutti che la legge sulla montagna recepita dalla Regione è un'ottima legge. La stessa però contiene un difetto sostanziale: essa prevede sì una serie di provvedimenti buoni a favore della popolazione montana delle differenti categorie, come pure a favore del movimento turistico; per soddisfare però le rispettive e pressanti esigenze, si erano stanziati sin dall'inizio dei fondi troppo limitati. Sarebbe stato meglio, se la legge avesse previsto meno provvedimenti, ma i mezzi sufficienti per realizzarli integralmente, poichè, così facendo, anche le leggi migliori non faranno altro che provocare un forte malcontento della popolazione interessata.

Per me il previsto depennamento di varie spese delle aziende agricole montane va considerato un beneficio maggiore di quanto non lo siano i fondi predisposti dalla legge in parola. Vedo, cioè, nella riduzione un beneficio superiore a quello costituito dalle somme assegnate a favore di misure costruttive. Nello stesso tempo in cui approvata questa legge, per i contadini montanari si è avuto dall'altra parte una delusione, essendoci stato nuovamente di mezzo la coda del diavolo. Fu, cioè, disposto, che l'I.G.E. sul legname non deve essere più pagata dal commerciante ma dal contadino stesso. In questo modo il beneficio offerto al contadino con i mezzi previsti dalla legge gli vengono nuovamente tolti dalla stes-

sa mano che glieli aveva procacciati. Da quanto ci ha detto l'Assessore competente per l'economia montana si rileva poi che una percentuale delle entrate dell'I.G.E. sul legname ci verrebbe assegnata per soddisfare le necessità derivanti dalla legge in oggetto. È peraltro innegabile che, se la stima dei boschi ai fini dell'I.G.E. risulta anche in altri sensi e soprattutto per quanto riguarda la successione troppo elevata, i benefici della legge sono soltanto relativi.

C'è un altro provvedimento regionale, che si è rivelato molto urgente. Si tratta della inclusione di altri comuni catastali nel quadro dei benefici della legge sulla montagna. Al riguardo la recezione della legge ha comportato determinate difficoltà, essendo stata la legge stessa nuovamente modificata in questo frattempo. Manca pertanto la necessaria chiarezza, in quanto non si sa chi sia in realtà competente per la inclusione dei comuni montani non ancora fruanti dei benefici della legge sulla montagna. Una cosa è comunque certa, e cioè che, allorquando il nostro gruppo consiliare era ancora rappresentato nella Giunta regionale con un proprio Assessore, questi aveva presentato non solo uno, ma se non erro, ben due proposte miranti a superare la lamentata mancanza di chiarezza. Fino ad oggi però la Giunta regionale non ha emanato il provvedimento del caso, dimodochè vi è tuttora da lamentare l'anzidetta mancanza di chiarezza circa diversi comuni catastali soprattutto della provincia di Bolzano, cosa questa che ha per conseguenza molte ingiustizie, non essendoci nessuno che intende dichiararsi competente circa la questione della inclusione di detti comuni. Sarebbe perciò urgente di eliminare questo stato di cose attraverso adeguati provvedimenti della Giunta regionale o del Consiglio. Sono a conoscenza di una controversia, che sta trascinandosi ormai da

oltre due anni e mezzo. La stessa riguarda una frazione di montagna del comune di Bressanone e ritengo che non si debba indugiare oltre e chiarire il da farsi.

Come succede quasi sempre quando i fondi sono troppo limitati, questa legge comporta in fin dei conti per i contadini piuttosto uno svantaggio anzichè un vantaggio.)

PRESIDENTE: Ha ancora molto da parlare?

BRUGGER (S.V.P.): Ja, es dauert noch einige Zeit.

(Sì, ne ho ancora per un po' di tempo.)

PRESIDENTE: Allora la seduta riprende lunedì alle ore 9.

(ore 13).